

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Verwaltungen Bestellungen entgegen. Unter Druckbezug bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. täglich Salats-Russland, der Preis für Deutschland und Österreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8 u. 9.

Die achtspaltige Anzeigenzeile oder deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Leerungsgebühr. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Leerungsgebühr. Einzelne Anzeigen laut Tarif Familien-Anzeigen und Stellen-Anzeigen 3,20 M. netto pro Zeile. Zeitungs-Beleg in Wort-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516 4603, 4635, 4649, 4921.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die Vorbesprechungen in Brüssel

### Die Brüsseler Konferenz

Brüssel, 3. Juli.

Der Sonderberichterstatter der „Agence Havas“ meldet: Nach Schluß der gestrigen Vormittagskonferenz sehen die Sachverständigen für die Schiffahrts- und Luftschiffahrtstragen den Text einer Note fest, die der deutschen Delegation in Spa überreicht werden soll. Der endgültige Wortlaut wird wahrscheinlich durch den Obersten Rat festgesetzt werden.

Der Berichterstatter glaubt zu wissen, daß die Note insbesondere auf die Notwendigkeit der Ablieferung des Kriegsmaterials bestehen wird, das den Alliierten bisher noch nicht ausgeliefert worden sei, und daß sie ferner von der deutschen Regierung die Veröffentlichung des Gesetzes verlangen wird, das die Wehrpflicht in Deutschland gemäß dem Versailler Vertrag abschafft. Weiter befiehlt sich die Note mit der Herabsetzung der deutschen Armee auf 100 000 Mann, die zu dem ursprünglich vorgesehenen Termine vom 10. Juli nicht zurückgeführt werden könne. Die 100 000 Mann regulärer Truppen, die Deutschland zu halten berechtigt ist, müssen auf neuer Grundlage verteilt werden, so daß von einem Tage zum andern große Heeresverbände nicht gebildet werden können. In dieser Hinsicht sei vollkommene Einigung erzielt worden.

Brüssel, 3. Juli. (Havas-Reuters.)

In amtlichen belgischen Kreisen wurde heute vormittag eine ziemlich fühlbare Entspannung festgestellt. Man scheint auf das System der Anteile zu verzichten und statt dessen eine prozentuale Verteilung beschließen zu haben. Belgien würde 8 Prozent erhalten.

Brüssel, 3. Juli (Havas-Reuters.)

Die Konferenz der französischen, belgischen, italienischen und englischen Minister dauerte von 11 Uhr vormittags bis 1,30 Uhr nachmittags. Es wurde fast ausschließlich die Frage der Verteilung der deutschen Entschädigung erörtert. Ein Einverständnis ist so gut wie hergestellt und zwar auf folgender Grundlage: Frankreich erhält 52 pSt., England 22, Italien 10, Belgien 8 und Serbien 5 pSt. Der Rest wird unter Rumänien, Portugal und Japan verteilt. Italien soll außerdem noch eine Kompensation wirtschaftlicher und finanzieller Art erhalten.

### Churchill, der Intrigant

S. N. London, 3. Juli.

„Daily News“ und „Daily Herald“ veröffentlichen ein aufsehenerregendes Dokument, das in Verhandlung in die Hände der Bolschewisten gefallen ist. Es enthält

## Drohender Streik in Niederschlesien

Waldenburg, 3. Juli.

Vom Verein Bergbaulicher Interessen wird mitgeteilt: Die Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern der niederschlesischen Steinkohlengruben nehmen jetzt eine sehr bedrohliche Gestalt an. Die Arbeiter hatten die Entlassung von 25 Beamten aller Klassen verlangt. Die Gruben haben dem nicht ohne Weiteres nach, sondern verlangten ein eingehendes Prüfung der Beschwerden. Ohne das Prüfungsergebnis abzuwarten, sind die Arbeiter der Forderung, etwa sechshundert, in den passiven Widerstand getreten. Die Kohlenförderung beträgt nur ein Fünftel gegen früher. Der Widerstand griff gestern auf die Nachbargruben über und droht, das Gesamtgebiet, 35 000 Bergarbeiter, zu erfassen. Schon jetzt ist die Wasserversorgung des ganzen Industriegebietes mit mehr als dreißig Maschinen unterbrochen. Welche Folgen ein Streik für die deutsche Kohlenversorgung haben wird, ist nicht abzusehen. Den Gruben, die in Niederschlesien bis an die äußere Grenze des Entgegenkommens gegangen sind, ist es unmöglich, verdiente Beamtete auf die Straße zu legen.

Diese Darstellung von bergbaulicher Seite bedarf dringend der Ergänzung. Die niederschlesischen Bergarbeiter waren bisher die geduldetste Arbeiterschicht in ganz Deutschland. Aber ihre Geduld ist auf eine harte Probe gestellt worden. Die Beamten, deren Beförderung sie fordern, haben sich während der Rapp-Tage des Hochverrats schuldig gemacht, die Bergleute während des Abwehrkampfes tyrannisiert und sie wollen diese Gewaltpolitik auch jetzt noch fortführen. Den Arbeitern ist deshalb der Geduldsfaden geplatzt. Daß sie im Rechte sind, geht schon daraus hervor, daß der Bericht der Ver-erten die Ursachen der Erregung unter den Bergleuten verschweigt.

### Ungeklärte Weiterführung des Boykotts

Amsterdam, 3. Juli.

Wie das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes mitteilt, wird in der Sitzung des Internationalen Bureaus, das am 1. und 2. Juli in Brüssel zusammentritt, die weitere Haltung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in der Frage des Boykotts gegen Un-

das wesentliche aus einer Unterredung Churchills, des früheren Kriegeministers mit einem Agenten Sazonow, des früheren Außenministers und späteren Bolschewisten in Paris. Diese Unterredung fand im Mai vorigen Jahres statt. Churchill kennzeichnete darin die russische Politik als unstatthaft. Es erregt den Eindruck, daß im Zusammenhang mit der Opposition der englischen Arbeiter gegen ein bewaffnetes Dazwischentreten Englands in Rußland, die Räumung Archangelsk als Vorwand benutzt wurde, um englische Truppen dorthin zu entsenden, die laut einem Geheimabkommen gegen die Bolschewisten verwendet werden sollten. Am 30. Juli 1919 hat Churchill in einer Rede im Unterhause bekanntlich ausgesprochen, daß er nur einen Beweis dafür zu erbringen, daß er einen Auftrag gegeben oder eine Verpflichtung eingegangen sei, die auf ein englisches Eingreifen in Rußland hinführe.

### Lemberg in den Händen der roten Armee

London, 3. Juli.

„Daily Mail“ erfährt aus Brüssel, nach den letzten Nachrichten aus Polen sei die Stadt Lemberg in die Hände der Roten Armee gefallen.

### Die rote Armee 5 km vor Kowno

London, 3. Juli.

Nach einer „Times“-Meldung aus Brüssel verhandeln die Bolschewisten neue große Erfolge in Polen. Die rote Armee stehe 5 Kilometer vor Kowno.

### Polens Hilfserufe

Amsterdam, 3. Juli.

Einer Reutersmeldung aus Brüssel zufolge wird sich der Oberste Rat auch mit einem von Polen vorgelegten Ersuchen betr. militärische Unterstützung durch die Alliierten, zu befassen haben. Marschall Foch wurde beauftragt, über diesen Gegenstand einen Bericht vorzulegen.

### Internationale Solidarität

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Hindenburg D.-Schl., 3. Juli.

Die Belegschaft der größten staatlichen Grube „Königin Luise“ hat durch den Betriebsrat von der staatlichen Betriebsinspektion gefordert, daß der Versand nach Ungarn sowie für Kriegszwecke eingestellt wird. Diese Forderung entspricht dem Boykottbeschluss gegen Ungarn und richtet sich gegen den polnischen Krieg gegen Sowjet-Rußland.

garn näher festgestellt werden. Inzwischen wird der Boykott ungeschwächt fortgesetzt, und die beteiligten Organisationen werden aufgefordert, Maßnahmen für eine eventuelle Verschärfung des Boykotts zu treffen.

### Gefährliche Treiberelen

Immer häufiger kommen Nachrichten, daß die bayerische Volkspartei unter Führung Dr. Heims eine Aufstandspolitik befolgt, deren letztes Ziel die Bildung eines süddeutschen katholischen Königreichs mit dem Prinzen Rupprecht an der Spitze wäre. Natürlich wäre ein solcher Plan nur mit Billigung der Entente ausführbar. Nun hat das frühere Vorstandsmitglied der Volkspartei, Professor Otto, kürzlich öffentlich behauptet, daß solche Verhandlungen in San Remo mit den Franzosen und in Zürich mit den Engländern gepflogen wurden. Herr Dr. Heim hat diese Mitteilung bestritten. Jetzt veröffentlicht ein anderes Mitglied der Volkspartei, ein früherer Generalsekretär Karl May, an Hand eines Protokolls mit drei Unterschriften einen Bericht, den Dr. Heim dem Leiter der Frankfurter Bauernvereine, Kommerzienrat Kastner, über diese Verhandlungen erstattete. Danach hätte Dr. Heim in San Remo über die Bildung eines Donaubundes mit Ausschluß Wiens verhandelt, den Engländern gegenüber hätte Dr. Heim die Abtrennung Süddeutschlands und die Schaffung eines Groß-Bayerns vertreten. Herrn Kastner bezeichnete Dr. Heim als seine Politik das Festhalten am Reichsgedanken, doch sei eine vorübergehende Trennung Bayerns vom Reich nötig, bis der „neudeutsche Bolschewismus“ erledigt sei und infolge Bayerns Ausscheiden aus dem Friedensvertrag dieser annulliert werde.

Nun ist bekannt, daß in Bayern ganz gefährliche reaktionäre Treiberelen, die freilich immer abgelehnt werden, bestehen. Man sieht sich dort gleichzeitig als Vormacht des Katholizismus und der Reaktion. Man sucht einerseits eine enge Verbindung mit Horthy-Ungarn, andererseits die Unterstützung der klerikalen nationalistischen Kreise Frankreichs. Die Mitteilungen haben also trotz aller Dementis sehr große innere Wahrscheinlichkeit.

## Die Aussichten von Spa

Die deutsche Delegation ist gestern abend nach Spa abgereist, und nun richten sich aller Augen auf den kleinen belgischen Kurort, in dem in den nächsten Tagen Beschlüsse gefaßt werden sollen, die für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands von größter Bedeutung sind. Zum erstenmal nach Versailles werden deutsche Vertreter mit den Vertretern der Ententemächte an einem Tisch sitzen, und zwar sollen sie diesmal kommen, nicht nur, um das Diktat der Gegner zu vernehmen, sondern um mit ihnen über die Höhe der Entschädigungssummen und über die Art, wie sie zu leisten sind, zu diskutieren.

Dieser Fortschritt ist nicht sowohl einer besonderen Geschicklichkeit der deutschen Politik zu verdanken, als vielmehr der Verlegenheit der Verbündeten, die anfangen, sich darüber klar zu werden, daß es nicht genügt, hohe Forderungen anzumelden. Sie müssen wissen, ob und wie sie einzutreiben sind und sie wollen darüber auf jeden Fall die Meinung der deutschen Regierung hören. Wie weit sie sich von den Darlegungen, die diese ihnen geben wird, in einem für Deutschland günstigen Sinne beeinflussen lassen, steht freilich dahin, und wir tun auf alle Fälle gut daran, unsere Erwartungen in dieser Beziehung nicht zu überspannen.

Man sagt, die Entente habe sich selbst aber ein bestimmtes Programm noch nicht geeinigt. Ob das zutrifft oder ob diese Behauptung auch nur wieder aus dem Wunsch geboren ist, aus den Meinungsverschiedenheiten der Vertragsgegner Vorteile zu ziehen, wissen wir nicht. Sicher aber scheint zu sein, daß die deutsche Delegation nicht mit bestimmten positiven Vorschlägen nach Spa geht und sich vielmehr auf eine Erörterung und eine Kritik der von der anderen Seite aufgestellten Forderungen zu beschränken gedenkt. Sie legt sich diese Zurückhaltung auf, obwohl besonders aus Frankreich mehrfach der Wunsch laut geworden ist, Deutschland möge sagen, was es leisten zu können glaube und wie es sich die Erfüllung der aus dem Friedensvertrag erwachenden Schuldverpflichtungen denke.

Die Schwierigkeiten, die der Formulierung eines deutschen Vorschlags entgegenstehen, sind unverkennbar. Es hat seine großen Bedenken, sich beispielsweise auf einen bestimmten Wert, der etwa an der Stelle des baren Geldes zu liefernden Waren festzulegen, da der Preis dieser Waren angesichts der Unsicherheit der Valuta den größten Schwankungen unterworfen ist. Wir können auch weiter schon deshalb keine bestimmten Angaben über die Höhe unserer Zahlungsfähigkeit machen, weil wir ja nicht einmal wissen, welchen Umfang die deutsche Republik nach den bevorstehenden Abstimmungen erhalten wird, und ob vor allem das für die deutsche Wirtschaft so wichtige Oberschlesien bei ihr verbleibt. Trotzdem würde es nach unserer Meinung möglich gewesen sein, ein Programm vorzulegen, das unter Berücksichtigung aller denkbaren Möglichkeiten wenigstens einen Rahmen geboten hätte, innerhalb dessen einzelne Ziffern als bewegliche Faktoren hätten aufgeführt werden können. Es würde das jedenfalls dazu beigetragen haben, bei den verbündeten Mächten den Glauben an den guten und ernstlichen Willen Deutschlands zu erhöhen.

Und darauf kommt es doch nach wie vor sehr wesentlich an. Zwar hat der Reichszangler Fehrenbach in den letzten Tagen im Reichstag mehrfach diesen guten Willen betont. Aber Worte genügen nun einmal nicht, um drüben das Mißtrauen zu zerstreuen und nicht nur das, was Herr Dr. Helfferich geredet hat, sondern schon die Tatsache, daß er überhaupt in einem so kritischen Augenblick von seiner Fraktion vorgeschickt wurde, wird viel dazu beitragen, den Wert der Fehrenbachschen Ausführungen im Ausland herabzumindern. Helfferichs Freunde, die soviel von Verantwortlichkeitsgefühl zu sprechen pflegen, hätten schon soviel Verständnis für das Schicksal und Zweckmäßigkeit aufbringen müssen, um zwei Tage vor Spa nicht einem Mann zum Wort zu verhelfen, der im Ausland als einer der hervorragendsten Träger der Kriegspolitik bekannt ist, und dessen Auftreten den Beweis erbrachte, daß man in den auf ihren Wahlerfolg stolzen Kreisen der Nationalisten nicht gesonnen ist, seine Gesinnung zu ändern.

Aber das ist nun geschehen und die amtlichen Vertreter Deutschlands müssen sich bemühen, den schlechten Eindruck wieder zu verwischen. Dabei würde es ihnen außerordentlich zustatten kommen, wenn sie sich entschließen könnten, wenigstens in der Frage der Entschädigung und Abklärung die Ansprüche der Gegner glatt zu bejahen. Leider dürfen wir auf ein solches Maß von Einsicht nicht rechnen. Mag sein, daß es unter den Abgeordneten diesen oder jenen gibt, der sich bewußt ist, wie ungeheuer vorteilhaft die Bereitwilligkeit zur Erfüllung der militärischen Forderungen auf die wirtschaftlichen Verhandlungen einwirken würde und der deshalb gern alle verlangten Zugeständnisse machen würde. Aber diese Besonnenen müssen ihre Besonnenheit für sich behalten, da die Regierung in ihrer Gesamtheit sich offenbar auf den Standpunkt stellt, daß die Rücksicht auf die „Erhaltung von Ruhe



und Ordnung" die Herabsetzung der Reichswehr auf 100 000 Köpfe nicht gestatte.

Über die Ruhe und Ordnung und über diejenigen, die sie fördern, haben wir genug gesagt und genug geschrieben, und wir wollen es nicht wiederholen. Frankreich und England werden jedenfalls nur sehr wenig Verständnis für die Erwägungen der Ordnungsfreunde aufbringen können und sie werden das Sträuben Deutschlands auf den Versuch zur Erhaltung einer auch nach außen verwendbaren Armee zurückzuführen. Damit ist dann von vornherein eine Atmosphäre geschaffen, die die Neigung zu einem Entgegenkommen in der Frage der Wiedergutmachung nur schwer wird aufkommen lassen.

Die Frage freilich, was dann werden soll, wenn die Entente auf ihrem Schein besteht und die deutschen Vertreter sich auf ihre Deklamationen über die durch ein starkes bewaffnetes Aufgebot zu bewerkstelligende Sicherung des Wirtschaftslebens beschränken, scheint unserer Regierung verhältnismäßig wenig Kopfzerbrechen zu machen. Wahrscheinlich wird sie, wenn sie mit leerer Hand von Spaan zurückkehrt, sich darauf berufen, daß sie die Würde Deutschlands gewahrt habe. Würde aber ist ein Begriff, über den sich streiten läßt, und wir hätten den dringenden Wunsch, daß die Interessen der arbeitenden Bevölkerung nicht auf dem Altar der äußeren Ehre geopfert werden. Zu schönen und stolzen Gespen ist die Zeit nicht angetan, und wir haben an dem einen Baron Lerzner und an der verdorrten Hand des Herrn Scheidemann gerade genug.

Die deutsche Regierung hat dem Obersten Rat am 30. Juni ein eingehendes Gutachten der deutschen wirtschaftlichen Sachverständigen über die deutsche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nebst zwei amtlichen Denkschriften über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands und über die Steuerbelastung in Deutschland überreicht. Das Gutachten enthält eine ausführliche Darstellung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands, schildert den Zustand der deutschen Finanzen und beschäftigt sich mit den Voraussetzungen der Feststellung des Wiedergutmachungsbetrages. Eine eingehende Bewertung dieser Denkschriften müssen wir aus Raumangel auf die nächsten Tage verschieben.

### Der bürgerliche Bloß in Junktion

Die gestrige Sitzung des Reichstags begann mit der Ablehnung der Besprechung der unabhängigen Interpellation über die Vorgänge in Thal. Da der Reichswehrminister den Standpunkt einnahm, daß die Interpellation erst besprochen werden könne, wenn ein rechtskräftiges Urteil vorliege, mußte das Haus nach der Geschäftsordnung durch Mehrheitsbeschluss entscheiden. Da eine einfache Ablehnung zweifelhaft war, erfolgte die Abstimmung durch Sammelstimme, bei dem die bürgerlichen Parteien gegen die sofortige Beratung stimmten. Trotzdem fand das skandalöse Urteil gegen die Warburger Studenten in dieser Sitzung keine gebührende Berücksichtigung. Bei dem Antrag auf Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit enthielt Genosse Rosenfeld das Wesen der Militärjustiz, die alle Verdähten an revolutionären Arbeitern ungeprüft gelassen hat. Er verlangte die sofortige Erledigung des Gesetzentwurfs ohne Kommissionsberatung, doch wurde sie von dem bürgerlichen Bloß beschlossen.

Ebenso wie Genosse Rosenfeld das Verhalten der Rechtsparteien in dieser Frage, so kennzeichnete Genosse Breitscheid bei den Erörterungen über die Wiedereinführung des Untersuchungsanspruches das Verhalten aller am Ausbruch und der Verlängerung des Krieges schuldigen Parteien, die seine Unterdrückung wollen, weil sie die bürgerliche Wahrheit, das aus diesen Verhandlungen sich unter Umständen ergeben könnte, außerordentlich fürchten. Da aber Zentrum und Demokraten für den Untersuchungsanspruch stimmten, wurde die Einlegung beschlossen.

Bei der Beratung des Rotetats gab Genosse Crispian die Erklärung ab, daß die Unabhängige Sozialdemokratie den Rotetat ablehnt, weil sie der Regierung ihr Mißtrauen ausgesprochen habe. Die Rechtssozialisten stimmten dem Rotetat zu. Am Montag wird die Beratung der unabhängigen Interpellation über die Steigerung der Lebensmittelpreise zur Verhandlung gelangen.

### Der Steuerabzug

Im Steuerabzug des Reichstages kam es auch heute noch nicht zu einem Beschluß. Als Ergebnis der mehrstündigen Aussprache kann die allgemeine Auffassung aufgefaßt werden, daß von keiner Fraktion mit Ausnahme der Unabhängigen die Aufhebung der §§ 45 ff. des Einkommensteuergesetzes vertretbar ist, dagegen die schablonenhafte Anwendung gemildert werden soll. Es soll versucht werden, durch Erhebung eines Pauschalbetrages in einer der Steuerleistungen nahe kommenden Höhe eine Erleichterung des Abzuges zu versuchen, jedoch der feste Satz von 10 Prozent nicht unter allen Umständen festgehalten werden kann. Von Rechts und Zentrum, der Demokraten, der Deutschen Volkspartei, der Sozialdemokraten und der Bayerischen Volkspartei wurde dargelegt, daß die Bevölkerung, auch die Arbeiterschaft, an der Notwendigkeit der Steuerleistungen überzeugt sei und keineswegs an Sabotage denke. Es wurde Anklärung erwünscht, auch in der Presse, über die Steuererträge und die Verwendung der Steuerbeiträge. Staatssekretär Böckle sagte eine Prägnanz zu. Schließlich wurde ein Unter Ausschluß eingeleitet, in den jede Fraktion ein Mitglied entsendet. Zum Berichterstatter für das Plenum wurde der Zentrumsgabgeordnete Alzeide bestimmt.

### Noch ein Rotetat

Zu der gestrigen öffentlichen Sitzung des Reichstags wurde mitgeteilt, daß dem Reichstage ein zweiter Rotetat unterbreitet werden soll, der noch vor der Vertagung des Reichstags zur Verabschiedung gelangen müsse. Der Berichterstatter erklärte, daß der Reichstag dazu bereit sei und es für zweckmäßig erachte, während der Reichsrat noch in der Beratung der einzelnen Etatsände, diejenigen Teile, die bereits bewilligt seien, dem Haushaltsanschluß des Reichstages zur Vorbereitung für das Plenum zuzuwenden.

Der Ausschuss des Reichstages für Auswärtige Angelegenheiten hielt am Sonnabend irad eine Sitzung ab, in der in Anwesenheit des Ministers Simons eine ausgedehnte Besprechung der Reiserückmeldungen über die vorbereitenden Verhandlungen für Spaan stattfand.

Der Pommerische Landarbeiterstreik. Im Landarbeiterstreik in Pommern sind auch heute keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen. In Badslitz kam es nicht zu materiellen Verhandlungen; sie scheiterten schon an der Vorfrage, ob die Arbeitnehmersgruppe des Landbundes zu den Verhandlungen zugelassen werden sollte oder nicht. Der Landarbeiterverband wollte auch in diesem Falle von dem einmal eingegangenen Prinzipiel "Standpunkt nicht abweichen, während der Landbund seine Forderung der Zulassung aufrecht erhielt.

### Vor schweren Zeiten

Im Handelsteil des „Berliner Tageblatts“ am Sonnabend abend beschäftigt sich Dr. Adolf Roeder mit den Ursachen des Konjunkturrückgangs. Er führt an, daß das jetzige Bild eine besondere Note erhalte durch den Streik der breiten Schichten der Konsumenten. Die andauernden Preissteigerungen hätten allmählich ein solches Ausmaß erreicht, daß der größte Teil der Bevölkerung trotz Lohn- und Gehaltserhöhungen kaum noch in der Lage sei, die Mittel zur Befriedigung anderer als zur Fristung des lebensnotwendigen Bedürfnisses auszugeben. Weiter Kreise habe sich eine große Erbitterung darüber bemächtigt, daß trotz der außerordentlichen Besserung des Marktlages die Preise im Kleinhandel, und namentlich für Lebensmittel, heute nur wenig verschieden von denen in der Zeit des schlechten Konjunkturstandes seien. Roeder zeigt an einer Tabelle, daß die Preise im Großhandel schon wesentlich gesunken sind; so sind die Börsennotierungen zurückgegangen von Anfang März bis 30. Juni 1920 für 100 Schweizerische Franken von 1613,25 auf 696,80 Mark, für ein englisch Pfund Sterling von 339,75 auf 151,85 Mark, für einen amerikanischen Dollar von 99,90 auf 38,45 Mark; für 100 Kilo Raffinade-Kupfer von 3700—3800 auf 1025 bis 1050 Mark, für Nickel von 8000—8100 auf 3600—3500 Mark, für die Tonne Hafer von 4700—4800 auf 2240 bis 2320 Mark, für den Zentner gelbe und grüne Erbsen von 380—540 auf 100—130 Mark, für den Zentner Weizen von 180—205 auf 70—80 Mark, für den Zentner gepreßtes Stroh von 34—38 auf 9—10 Mark, für 1 Kilo Rohbaumwolle von 106 auf 40 Mark. Diese Preisentwertung hat sich aber im Handel, besonders im Kleinhandel, noch nicht im entferntesten bemerkbar gemacht. Die Unternehmer wollen die Konjunkturverluste nicht tragen und geben zur Einschränkung der Produktion über. Die Kleinhandlär, die teuer eingekauft haben, wollen an den allen Preisen festhalten, damit sie nicht mit Verlust zu verkaufen genötigt sind. Dr. Roeder führt dann folgendes aus:

Eingelagerte Betriebe nehmen jetzt um sich vor allzu schweren Verlusten zu schützen, Arbeiter- und Angestelltenentlassungen vor. Es ist dabei zuzugeden, daß die schwierige Lage, in der sich manche Firmen befinden, teilweise dazu zwang, aber von dieser bedenklichen und gefährlichen Maßnahme sollte doch nur im äußersten Notfall Gebrauch gemacht werden. Schon jetzt haben sich die Verhältnisse am Arbeitsmarkt erheblich verschlechtert, und die Arbeitslosigkeit würde dadurch nur noch weiter wachsen. Es würde also die Gefahr neuer innerpolitischer Verwicklungen heraufbeschworen, ganz abgesehen davon, daß durch die zunehmende Arbeitslosigkeit die Kaufkraft der großen Massen immer weiter sinkt. Auch der Lohnabbau, der eventuell in Frage kommt, darf nicht rigoros betrieben werden, da ja in Wirklichkeit die Löhne und Gehälter dem heutigen hohen Preisniveau aller Waren durchschnittlich keineswegs angepaßt sind und ein allzu früher Abbau zu einer dauernden Verelendung großer Teile unseres Volkes führen würde. Dabei ist auch in Betracht zu ziehen, daß der 10-proz. Steuerabzug vom Lohn und Gehalt im Sinne einer Schwächung der Kaufkraft wirken muß. So verständlich es erscheint, daß die Regierung angesichts der unlagbar traurigen Finanzlage des Deutschen Reiches kein Mittel unversucht läßt, um die Steuerzahler eindrucklich an ihre Pflichten zu erinnern, und um das Einkommen möglichst an der Quelle zu erfassen, so muß doch betont werden, daß der Moment der Einführung dieses Lohnabzuges wenig glänzend gewählt war. Soweit die Opposition gegen den 10-proz. Abzug auf Steuererhöht beruht, muß sie unbedingt bekämpft werden. Bei einer Reichsschuld von ungefähr 265 Milliarden Mark kann sich Deutschland den Luxus der Steuerdrückbergerei, die besonders von den vielen Krieger- und Revolutionsgewinnlern betrieben wurde, nicht mehr leisten, und es ist nur zu bedauern, daß durch die neue Art der Steuererhebung gerade diese Kreise nicht wirksam genug erfasst werden können, sondern in erster Linie die Bestbeholdenen, für die eine Steuerhinterziehung immer schon sehr riskant war und daher wohl nur in beschränktem Maße grübt wurde.

Diese Ausführungen bilden eine bemerkenswerte Illustration zu der Rede, die der Reichsfinanzminister Dr. Wirth im Steuerauspruch des Reichstags am Freitag gehalten hat; er machte darin den Arbeitern den versteckten Vorwurf, daß sie durch den Widerstand gegen den Steuerabzug Steuerabotage treiben wollten. Hier wird wieder einmal bestätigt, daß durch die neue Art der Steuerhebung gerade die kapitalistischen Kreise nicht wirksam genug erfasst werden, daß sie dagegen in härtester Weise die Arbeiter und Angestellten trifft.

Die Wirkungen des Konjunkturrückganges bekommen die Arbeiter gerade jetzt deutlich zu spüren. Nach den Veröffentlichungen des Juniheftes des „Arbeitsmarktes“ hat sich die wirtschaftliche Krise in bedrohlicher Weise verschärft. Es wird dort berichtet:

Die Folge ist, daß in sämtlichen Industrie- und Auslandsabzug stark und Betriebsveränderungen und Entlassungen immer mehr um sich greifen. Am schwersten betroffen sind die Lederindustrie, die Möbeldindustrie und die Konfektion, an deren Hauptstandorten die Gewerkschaftszahlen stark gewachsen sind. Die Rückfälle sind außerordentlich, wenn es nicht gelangt, durch die seitens der Regierung eingeleiteten, vor allem auf Beschleunigung weiterer Kohlepreiserhöhungen zielenden Maßnahmen den Preisrückfall in einen organischen Preisabbau überzuleiten. Nach der Statistik der Arbeiterschaft verbände betrug der Hunderttag Arbeitsloser im Monat Mai bei dem Textilarbeiterverband 6,2 gegen 3,6 im Vormonat, bei dem Holzarbeiterverband 6,2 gegen 1,8, bei dem Banalarbeiterverband 2,8 gegen 1,9, bei den Fabrikarbeitern 2,1 gegen 1,6, bei den Metallarbeitern 1,8 gegen 1,2, bei den Transportarbeitern 1,7 gegen 1,5, bei den Gewerks- und Staatsarbeitern 1,4 gegen 1,2, endlich bei dem Christlichen Metallarbeiterverbande 0,6 gegen 0,4 im Vormonat. Die Arbeitsnachweise mußten ebenfalls eine weitere Zunahme der Stellenangeboten feststellen.

Am 1. Mai betrug die Zahl der Erwerblosen (Dauptunterstützungsempfänger) 293 326, am 1. Juni 271 981; auf das männliche Geschlecht kamen hieron 209 407 (am 1. Mai 228 573), auf das weibliche 62 554 (am 1. Mai 68 759). Die Zahl der unterstützten Familienangehörigen Erwerbloser (Zusatzleistungsempfänger) sank ebenfalls von 278 400 am 1. Mai auf 254 169 am 1. Juni.

Demgegenüber weisen allerdings die Berichte der Demobilisationskommissionen über die Zahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Erwerblosen einen Rückgang der Gesamtzahlen auf.

Diese Zahlen stehen scheinbar im Widerspruch zu den Veröffentlichungen der Arbeiterverbände. Dieser Widerspruch dürfte zum Teil wenigstens seine Aufklärung darin finden, daß von den früheren Erwerblosen inzwischen viele in die Landwirtschaft abgewandert sind, daß dagegen in der Industrie umfangreiche Entlassungen vorgenommen werden, durch die vor allem die Einrichtungen der Gewerkschaften in Mitleidenchaft gezogen werden.

Zusammenfassend muß man sagen, daß die werktätige Bevölkerung in schweren Zeiten entgegensteht und daß alles vermieden werden muß, um die Notlage des Proletariats noch zu verschlimmern. Die bürgerlichen Parteien und auch die Rechtssozialisten haben aber gerade

dafür nur geringes Verständnis; bei den Beratungen über den Steuerauspruch im Reichstags war nur die Unabhängige Fraktion für die Beseitigung dieses Ausnahmegesetzes gegen die Arbeiter und Angestellten. Die anderen Fraktionen wollen die Bestimmungen nur mildern, also alles beim alten lassen.

### Es geht zu Ende

Die „Deutsche Tageszeitung“ prophezeit den Untergang Deutschlands, wenn auf der Konferenz in Spaan die Herabsetzung der deutschen Wehrmacht auf 100 000 Mann tatsächlich beschlossen werden sollte. Diese Prophezeiung könnte vielleicht noch einige Berechtigung haben, wenn die Reichswehr ein republikanisches Heer wäre und in der Praxis bewiesen hätte, daß sie im Falle der Gefahr bereit ist, die Republik vor ihren wirklichen Feinden zu beschützen. Dagegen sprechen aber alle Erfahrungen. Die Wehrmacht ist ein monarchistisches Herrschaftsinstrument geworden; sie ist heute noch mehr wie vor dem 13. März, weil inzwischen alle verfassungstreuen Elemente aus der Reichswehr systematisch ausgeremert wurden. Die Notwendigkeit, diese Wehrmacht nicht nur herabzusetzen, sondern völlig zu beseitigen, ist daher schon lediglich aus innerpolitischen Gesichtspunkten dringend geboten.

### Die eiferige Junk

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus München: Der unabhängige Sozialist Linig, der im Gewerkschaftshaus den Plan eines neuen Generalstreiks vorgetragen hat, ist verhaftet worden.

Wie immer, wenn es sich um Arbeiter handelt, fadelt man nicht mit der Verhaftung. Die Marxburger Wäcker hat man trotz dringender Verdachtsgründe frei überlassen lassen, damit sie sich über ihre Aussagen in Ruhe verständigen und sich die nötigen Entlastungen beschaffen konnten. Eine Generalstreikbesprechung gilt also im neuen Deutschland erheblich verbrecherischer als brutale Mißhandlung und Mord.

### Wo ist Kessel?

#### Eine Frage an den Justizminister

Polizeihauptmann v. Kessel, einer der Hauptverdächtigen an der Ermordung der 32 unschuldigen Kaitison, hat sich in dem Prozeß gegen Marloß den Meinsids schuldig gemacht. Er wurde im Februar unter Anklage gestellt, belam aber fünf Minuten vor dem Urteilspruch einen schweren Grippeanfall, so daß der Prozeß verzagt werden mußte. Etwa 14 Tage später kam der Kapp-Putsch und machte Kessel plötzlich wieder so gesund, daß er als Kommandeur einer Charlottenburger Polizeibteilung den Kampf gegen die republikanischen Arbeiter aufnehmen konnte. Mit dem Verschwinden des Lütjwihpufes verschwand dann auch wieder Herr v. Kessel, und es hieß, er sei dabei, seine angegriffene Gesundheit in einem Sanatorium zu reparieren. Inzwischen sind mehr als vier Monate vergangen. Wir erlauben uns daher, an den Justizminister die ganz ergebende Anfrage zu richten, wie es inzwischen mit der werten Gesundheit des Herrn v. Kessel geworden ist; ob sich sein Zustand gebessert oder verschlimmert hat; wann und ob die Weiterführung des Prozesses in Aussicht genommen ist; oder ob mit Zustimmung des Angeklagten, der Richter, des Justizministers und der ärztlichen Sachverständigen die Entlassungsbefreiung eine zweite und wesentlich verbesserte Aufführung erleben soll? Antwort dringend erbeten!

### Vom Segen des Kapitalismus

#### Aus der Kaliindustrie

Die Aktiengesellschaft Deutsche Kaliwerke zu Berntrube (Unterhildesfeld), ein Großkonzern des Kalibergbaues, dessen 15 Schachtanlagen mit insgesamt 89,6 Tausend, also mehr als ein Zwölftel an der Gesamtförderung des 1918 förderfähigen Wertes des Kalihandels beteiligt sind, erstattet eben den Geschäftsbericht für 1919. Neben einer Abwehr gegenüber Sozialisierungsbestrebungen enthält er u. a. auch Klagen über die hohen Arbeitslöhne. Diese Klagen scheitern in einem elementaren Licht, wenn man hört, daß die Gesellschaft auf ein Aktienkapital von 40,85 Millionen Mark 25 Prozent Dividende bezahlen kann, gegen 7 Prozent und 8 Prozent in den beiden früheren Jahren. Der Reingewinn betrug 44,5 Millionen Mark. Nicht weniger als 30 Millionen Mark werden „zurückgestellt“ für Steuern und zur Deckung für eventuelle Kursverluste aus Schuldverbindlichkeiten. Ob diese riesigen Rückstellungen berechtigt sind, erscheint mehr als fraglich. Man suchte wohl nur der Verlegenheit zu entgehen, 50 oder gar noch mehr Prozent Dividende zahlen zu müssen.

### Vom Braunkohlenbergbau

Der Geschäftsbericht des Rheinischen Braunkohlenbrikett-Syndikates in Rahn für das am 31. März abgelaufene Geschäftsjahr 1919/20 weist darauf hin, daß es immer noch nicht gelungen ist, die infolge der langen Kriegsjahre stark abgenutzten Anlagen wieder leistungsfähig zu machen. Unter diesen Umständen ist die trotzdem erreichte Förderzahl geeignet, die ewigen Notstände über die Subotage des Wiederaufbaues durch die Arbeiter erneut zu verlegen. Das Syndikat verzeichnete in seinem Geschäftsbericht als

	Braunkohlenförderung (Tonnen)	Brikett-Herstellung (Tonnen)
1919/20	5 225 831	5 750 624
1916/17	23 623 210	5 876 368
1914/15	18 892 038	5 208 569
1913/14	21 183 990	5 941 763

Das Syndikat erreichte 1919/20 einen Landabzug von 833 842, einen Eisenbahnland von 3 302 588 und einen Schiffsverland von 1 237 952 Tonnen. Die Preise für Braunkohlenbriketts wurden erhöht am 1. Mai und am 1. Juli 1919 um je 6 Mark, am 15. Oktober und am 1. Dezember 1919 um je 9 Mark, am 1. Januar 1920 um 23 Mark und am 1. Februar nochmals um 35,50 Mark. Innerhalb eines Jahres also eine Verteuerung um 89,50 Mark pro Tonne, 4,47 Mark pro Zentner. (Zum Vergleich sei bemerkt: Im Jahre 1914 kostete die Tonne beste Preteinsoble ab Werk Essen 11,80 Mark, pro Zentner also 59 Pfennig.)

Italienischer Untersuchungsanspruch über die Kriegsschuldfrage. Auch in Italien nimmt die Frage nach den Schuldigen an Kriegen einen immer weiteren Raum in der öffentlichen Diskussion ein. In sämtlichen Kammerkommissionen haben nunmehr die Sozialisten einen Antrag eingebracht, die vorgenommene Finanzenquête auf das politische Gebiet auszudehnen. Vor allem sollen die mit dem Kriegsausbruch und der Kriegsführung zusammenhängenden Fragen untersucht werden. Da auch die Katholikenpartei für den Antrag unserer Genossen ist, dürfte seine Annahme wahrscheinlich sein.

Böhmische Kohlenlieferungen an Deutschland. Im Monat Mai sind aus Böhmen nach Deutschland im ganzen 152 359,4 Tonnen Braunkohlen geliefert worden. Davon gingen 128 902,3 Tonnen nach Sachsen und 23 457,1 nach dem übrigen Deutschland. Außerdem wurden 3200 Tonnen Bunkersoble auf dem Wasserwege nach Deutschland geliefert.



# Das Existenzminimum im Juni 1920

Von Dr. R. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Die Verbilligung von Schuwerk, Kleidern und Wäsche und die über Erwarten starke Zulieferung von Kartoffeln haben die Kosten des Existenzminimums im Juni gegenüber dem Mai bedeutend gesenkt. Die rationierten Nahrungsmittel waren allerdings im allgemeinen noch unverändert hoch im Preise. In Groß-Berlin z. B. kosteten Zucker und Milch 5mal soviel wie vor dem Kriege, Brot und Kartoffeln 10mal soviel, Butter 14mal soviel, Margarine 20mal soviel, Schmalz 29mal soviel. Beschränkt man sich auf die rationierten Mengen, so ergibt sich im ganzen eine Verringerung auf das 70prozentige. In den vier Wochen vom 21. Mai bis 27. Juni wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Juni 1920	Preis Juni 1914
7600 g Brot	1800	187
887 g Nahrungsmittel	226	34
450 g Hülsenfrüchte	840	20
15,00 g Kartoffeln	1060	105
1000 g Fleisch	2015	170
80 g Butter	800	21
750 g Margarine	2370	120
200 g Schmalz	800	28
1075 g Zucker	428	47
760 g Marmelade		
Kunigehalt	770	45
	10104	777

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 101,04 M. zahlen muß, konnte man vor sechs Jahren für 7,77 M. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochenbrotschnitt nur etwa 12600 Kalorien, d. h. reichlich soviel, wie ein Kind von sechs bis zehn Jahren benötigt. Man wird also das Existenzminimum der Ernährung eines solchen Kindes in Groß-Berlin bei äußerster Einschränkung auf 20 M. ansetzen können. Eine Frau braucht etwa 72400 = 16800 Kalorien. Sie müßte zu den rationierten Mengen noch Lebensmittel im Nährwert von 16800 - 12600 = 4200 Kalorien hinzukaufen. Das könnte sie am billigsten tun, indem sie sich noch 3 Pfund Kartoffeln für 1,05 M., 1 1/2 Pfund Graupen für 8,40 M. und 1/2 Pfund weiße Bohnen für 1,75 M. verschafft. Ihr wöchentliches Mindestbedürfnis für Nahrungsmittel hätte also 31 M. gekostet. Ein Mann benötigt wöchentlich etwa 73000 = 21000 Kalorien. Die 4200 Kalorien, die er mehr braucht als eine Frau, könnte er sich zuzuführen in die er mehr braucht als eine Frau, könnte er sich zuzuführen in die Form von noch 1/2 Pfund weißen Bohnen für 1,75 M., 1/2 Pfund Nudeln für 2 M., 1/2 Pfund Reis für 4 M., 1/2 Pfund Margarine für 11 M. Sein wöchentliches Mindestbedürfnis für Nahrungsmittel würde also etwa 50 M. kosten. Eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren würde mit 121 M. wöchentlich für Nahrung auskommen.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von 20 M. und für Heizung 1 Zentner Heizöl und für Beleuchtung 8 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 9 M., für Heizung 16,10 M., für Beleuchtung 6 M. Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuwerk, Kleidung und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 36 M., Frau 24 M., Kind 12 M. Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereientgelt, Fahrgehalt, Steuern usw.) wird man, da der Steuerabzug vom Lohn im Juni noch kaum wirksam geworden ist, wie in den Vormonaten einen Zuschlag von 25 Proz. machen müssen. Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für den Juni 1920 in Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung	50	81	121
Wohnung	9	9	9
Heizung, Beleuchtung	22	22	22
Bekleidung	36	60	84
Sonstiges	29	43	59
	146	215	295

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst für einen alleinlebenden Mann 24 M., für ein kinderloses Ehepaar 36 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren 49 M. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann 7600 M., für das kinderlose Ehepaar 11200 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 16400 M.

Vom Juni 1914 bis zum Juni 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von 10,65 M. auf 146 M., d. h. auf das 8,8fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,20 M. auf 215 M., d. h. auf das 9,7fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,70 M. auf 295 M., d. h. auf das 10,3fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin d. h. auf das 10,3fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin d. h. auf das 10,3fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin d. h. auf das 10,3fache.

## Unternehmer-Sabotage aus Profitgier

Die Abnahmefähigkeiten der Firma Stod Motorflug A. G. sind seit geraumer Zeit ins Stocken geraten, da infolge des Valutenschwundes der Preis des einzelnen Objektes für die Abnehmer tollkühler gestiegen ist. Die Firma sieht sich dadurch veranlaßt, den Betrieb zunächst einzuschränken, und um einer Stilllegung zu begegnen, sah sich der Betriebsrat gezwungen, bei den einzelnen Ministerien vorstellig zu werden, soweit sie einen evtl. Einfluß auf den Absatz der landwirtschaftlichen Maschinen haben.

Der Betriebsrat ersuchte die betreffenden Ministerien um ihre Vermittlung oder um ein Kompenzationsverfahren, das mit den Interessen in die Wege zu leiten wäre. Es war ein Erfolg gewiss, und zwar erklärte der Referent für Rumänien, Professor Dr. Schlawa, sofort die Vermittlung der Motorflüge in die Hand nehmen zu können, wenn ein großes Quantum gleich greifbar wäre, und wenn der Preis erheblich herabgesetzt würde, da die Nachfrage in Rumänien gerade für Stodflüge sehr groß ist.

Der Betriebsrat legte sich sofort mit der Geschäftsleitung der Firma in Verbindung und war sehr erstaunt, daß sich trotz des schlechten Geschäftsganges und der billigen Herstellung der auf dem Platze stehenden Maschinen, die Firma sich nicht zu einer Herabsetzung des Preises entschließen konnte. Der Direktor, Herr Dr. Serini, lebte bei der ja sehr begründeten Profitgier des beteiligten Geschäftsführers jede Preisreduzierung ab. Die Firma legt es darauf an, den Betrieb vollkommen stillzulegen, was ja an und für sich eine gute Geschäftspolitik ist, da sich die auf Lager stehenden Maschinen auch ohne Arbeiter verkaufen lassen, und dadurch notgedrungen einen größeren Verdienst abwerfen. Ferner liegt es der Firma am Herzen — wie ja Herr Dr. Serini dem Betriebsrat erklärt — Entlassungen vorzunehmen zu können, was nur erfolgen darf bei erheblicher Arbeitseinschränkung. Man sieht wieder einmal, wie rücksichtslos der Unternehmer seinen Vorteil wahrnimmt, und sein soziales Empfinden in der Weise zum Ausdruck bringt, daß er tausende von Arbeitnehmern auf die Straße setzt und brotlos macht.

Durch das Eingreifen des Betriebsrates konnte zunächst die für die Arbeiter geplante 24stündige wöchentliche Arbeitszeit auf 39 Stunden heraufgesetzt werden, nurmehr heißt die Firma rücksichtslos vor, um auch den geringsten Verdienst der Angehörigen zu beschneiden, indem sie am 30. Juni d. J. die Kündigung aller Angestellten ausspricht, um alsdann ab 1. August ein neues Vertragsverhältnis mit den Angestellten einzugehen, das nur eine 30stündige wöchentliche Arbeitszeit vorsieht, und den Gehalt um 1/4 vermindert. Diese Verfügung hat, laut Aussprache (mit) der Geschäftsleitung, der Aufsichtsrat erlassen, dessen Vorsitzender der alleinlebende der Metallindustrie

rühmlichst bekannte Juristat Dr. Waldschmidt ist. Der Mann, welcher bei den Tarifverhandlungen recht bezeichnende Ausprüche getan hat, die auf derartige Maßnahmen einzuwirken, wie sie gegen die Arbeitnehmer eben genannter Firma in Anwendung gebracht ist. Dieser Herr Waldschmidt macht seine Drohungen zur Wirklichkeit, es wird nun an den Arbeitnehmern liegen, diese Drohungen nicht mit einem Revolutionsheer (ich halte mich an einen Ausspruch dieses Herrn), sondern mit Taten zu begegnen.

Es ist erwiesen, daß die Maschinen 40 bis 50 Prozent billiger verkauft werden können, eingerechnet wäre dabei schon eine Konventionstrafe, die seitens eines Interessentenverbandes der Arbeitgeber festgesetzt ist und 10000 M. pro Stück beträgt. Es würde bei einer 40prozentigen Ermäßigung, und einer evtl. zu zahlenden Konventionstrafe von 10000 M. noch ein Verdienst für die Firma sich ergeben.

Es ist an der Zeit, die breite Masse des deutschen Volkes aufzuklären; die Maschinen der Unternehmer aus Litz zu jeren, und den Arbeitnehmern, vornehmlich den Angestellten zu sagen, für wen sie darben müssen. Eine Firma, wie die vorgenannte, entbehrt sich nicht, nachdem sie jahrelang immense Dividenden gezahlt hat, und das Aktienkapital, man kann sagen, mehrmals amortisiert ist, die Arbeitnehmer in schwerer Zeit auf ein Minimum zu setzen, damit den Herren Aktionären ja nicht weniger Geld in den Hals geworfen wird, als in den Vorjahren.

## Gemeinwirtschaftliches

Uns wird geschrieben: Die Bemerkungen über den Vortrag Rathenau's scheinen auf einer unvollständigen oder irrtümlichen Wiedergabe des Berichtes zu fußen. Herr Rathenau führte in seiner Kritik des Kapitalismus zwar aus, daß der Kapitalismus sehr billig verwaltet hätte, fügte aber hinzu, er hätte heute teurer gearbeitet infolge der Verarmung von Arbeitskraft und der mangelnden Organisation der Wirtschaft. Damit war ausdrücklich hervorgehoben, daß eine sozialistische Organisationsform der kapitalistischen überlegen sei. Die billige Verwaltung meint Rathenau in dem Sinne, daß der Kapitalismus, eben weil das gesellschaftliche Produkt in der Verfügung einer an Zahl geringen Klasse stünde, verhältnismäßig viel und rasch akkumuliert hätte. An der Tatsache an sich, die Marx mit Nachdruck hervorgehoben hat, besteht wohl kein Zweifel. In einer sozialistischen Gesellschaft würde die Akkumulation Sache der Gesamtheit sein. Sie müßte dafür sorgen, daß ein ausreichender Teil aus dem Gesamtprodukt zur Erweiterung der Produktion alljährlich zur Verfügung gestellt werde. Denn davon ist die ständig bessere Ausstattung der Gesellschaft mit Gütern und sonstigen Leistungen abhängig. Eben deshalb darf man aber erwarten, daß das dauernde Interesse der Gesellschaft und ihr Streben nach einer reichlicheren Entfaltung der Kultur dafür sorgen wird, daß die Akkumulationsinteressen der Wirtschaft nicht hinter den Konsumtionsinteressen zurückbleiben. Insofern halten auch wir die Besorgnisse Rathenau's für unbegründet, ohne deshalb die rathenauische Gemeinwirtschaft mit dem alten Kapitalismus zu identifizieren. Diese Gemeinwirtschaft selbst, die Rathenau offenbar als eine Uebergangsform zur Vorsozialisierung ansieht, halten wir allerdings aus bestimmten ökonomischen und sozialen Gründen nicht für einen geeigneten Weg. Eine große Reihe gerade der entscheidenden Industrien zeigt bereits eine solche Entwicklungsstufe, daß sie in sozialistische Formen unter voller Ausschaltung des Kapitalismus überführt werden können.

## Zu den Lebensmittelunruhen

Gestern abend fand in Darmstadt eine Versammlung der Rechtssozialisten und im Anschluß daran eine Demonstration der Gewerkschaften gegen die Teuerung statt. Die Demonstration selbst verlief völlig ruhig. Nach der Beendigung blieben aber die Menschenmassen zusammen auf dem Marktplatz und bedrängten die Sicherheitswehr, die infolge dessen schoß. Die Unruhen von gestern, bei denen die Menge zweimal verhaftet, den verhafteten Kommunistenführer Pant und dem Polizeipräsidenten zu befreien, haben auf Seiten der Zivilisten vier bis fünf Verwundete, auf der Seite der Sicherheitswehr einen Verwundeten zur Folge gehabt. Heute herrscht wieder Ruhe, es ist Wochenmarkt, der reichlich beschickt ist.

In Remscheid wurden anläßlich eines kleinen Krawalles einige Gemüße und Obstläden gestürmt; zu schwereren Ausschreitungen ist es nicht gekommen.

In Ilmenau kam es gestern nachmittag zu einer Kundgebung gegen die Teuerung der Lebensmittel. In einer Versammlung auf dem Marktplatz wurde beschlossen, die Lebensmittelpreise auf die Hälfte herabzusetzen und diesen Bescheid den Händlern sofort mitzuteilen. In diesem Geschäft wurden die Lebensmittel zu den um 50 Prozent herabgesetzten Preisen von Demonstranten sofort selbst verkauft. Zu Ausschreitungen ist es sonst nicht gekommen.

In Freiburg i. Br. kam es heute auf dem Wochenmarkt zu einem Akt der Selbsthilfe des Publikums. Eisenbahner und organisierte Arbeiter erschienen morgens auf dem Markt und setzten die Preise fest. Es ereigneten sich aber sonst keine Ausschreitungen.

## Wahrpruch oder Tendenzurteil?

Von den Spitzeln, deren Anwesenheit zur Aufklärung der Ermordung des Inspektors Blau dringend notwendig gewesen wäre, ist nur einer, Ottomar Toiff, erschienen. Dieser Zeuge hat auf die Fragen, ob er eine Reihe schwerer Verbrechen begangen hat, oder ob er zum mindesten an diesen beteiligt war, die Auskunft mit der eiblichen Versicherung verweigert, daß die wahrheitsmäßige Beantwortung der Fragen ihn der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aussetzen würde. Wer in der Gerichtspraxis Erfahrung hat, weiß daß Zeugen sich begründeter Weise scheuen, von diesem Aussage-Verweigerungsrecht Gebrauch zu machen, weil in allen erheblicheren Fällen der Staatsanwalt die Ausübung dieses Rechtes mit dem Antrag auf Verhaftung des Zeugen zu beantworten pflegt. Der Zeuge Toiff erscheint nach seinem Verhalten dringend der Beteiligung an Handlungen verdächtig, auf die hin der Angeklagte Fichtmann von einem außerordentlichen Kriegsgericht auf 12 Jahre ins Zuchthaus geschickt wurde. Eine Verhaftung des Toiff ist nicht erfolgt, von einem Verfahren gegen ihn nicht die Rede. In der Monarchie war nur der König unverletzlich. Soll dieses Recht in dem neuen republikanischen Staatswesen nicht nur auf Offiziere, sondern auf jeden Polizeispitzel ausgeübt werden? Sollen sich die Schwurgerichte dazu hergeben, die eine Klasse der Volksgenossen mit den härtesten Strafen zu beladen, und die anderen für gleiche Handlungen frei zu lassen?

Eine Verurteilung, die sich auf dem Zeugnis eines Mannes, wie Toiff, aufbauen würde, kann vor der Gerichtigkeit nicht Stand halten. Das Gesetz kennt keine majestätischen Zeugen, die das Recht haben, über ihren Beruf die Auskunft zu verweigern. Die Bestrafung des Zeugen beginnt mit den Befragungen über seine Person. Der Eid bezieht sich auch auf diese Angaben, damit die Richter, insbesondere die Geschworenen, über die Persönlichkeit des Zeugen voll im Klaren sind. Die Befreiung des Zeugen von seiner Auskunftspflicht über seine Person aus Gründen der persönlichen Sicherheit widerspricht dem geltenden Recht. Mit der gleichen Begründung könnten die Richter und Geschworenen für ihre Sicherheit fürchten. Es hat Zeiten gegeben, in denen aus solchen Gründen die Richter verumumt und heimlich amtierten. Aber das moderne Recht kennt keine maskierten Richter, ebenso-

wenig aber kennt es Zeugen mit derartigen Geheimnissen. Das mit der Aufgabe einer gerechten Straffälligkeit unvereinbare Verhalten der Strafverfolgungsbehörden wird ganz offensichtlich, in ihrer Haltung gegenüber den verdächtigen Persönlichkeiten des Schreiber und des Toiff, ohne die eine sichere Aufklärung der Ermordung des Blau unmöglich ist. Die Geschworenen werden an der Tatsache nicht vorbegehen können, daß die Staatsanwaltschaft den Dahms, gegen den viele geringere Verdachtsmomente vorliegen, durch diplomatische Verhandlungen aus Dänemark zurückholte, während Schreiber, der nach der Anklage des Kriminalkommissars Trettin in eine dunkle Nordangelegenheit verwickelt ist, merkwürdigerweise von der Staatsanwaltschaft nicht verhaftet wurde, sondern ohne vorhergehende Gerichtsverhandlung nach der Schweiz abgeschoben wurde.

Die Geschworenen dürfen sich nicht verleiten lassen, aus dem an sich berechtigten Bestreben, eine Mordtat nicht ungeführt zu lassen, die Angeklagten wegen eines Verbrechens zu verurteilen, das sie nicht begangen haben, oder dessen sie durch die Beweisaufnahme nicht restlos überführt sind. Das wäre Willkür, aber nicht Gerechtigkeit. Es sind in den letzten beiden Jahren eine lange Reihe von Morden an deutschen Volksgenossen, die der Arbeiterklasse angehörten oder mit ihr sympathisierten, ungeführt geblieben. Eine Beurteilung der jugendlichen Kommunisten über die Grenze ihres Gefühls hinaus, auf der Grundlage eines zweifelhaften Indizienbeweises würde das gesamte Proletariat als einen Akt der Klassenjustiz und als eine Herausforderung empfinden und verurteilen.

## Der Mordprozess Blau

(Schluß der Beweisaufnahme.)  
Achter Verhandlungstag.

Zu Beginn der gestrigen Verhandlung bekamen der Gerichtsachverständige Dr. Strauch, sowie der Gefängnisarzt Dr. Firsch zu ihren Gutachten das Wort. In weitläufiger Weise versuchten sie, den Nachweis dafür zu erbringen, daß der Gesundheitszustand, wie auch die geistige Befähigung der Angeklagten Hoppe und Fichtmann kein derartiger sei, daß man eine gewisse Beschränkung der Willensfreiheit bei eventueller Befragung der Schuldfrage annehmen könnte.

R. A. Diecknecht teilte dann mit, daß sich noch mehrere Zeugen gemeldet haben, die bekunden wollen, daß der Losspiegel Toiff auch sie zu terroristischen Gewalttaten, Raubzügen usw. aufgefordert habe. Da aber weder das Gericht, der Staatsanwalt sowie die Geschworenen erklären, in dieser Beziehung durch die Beweisaufnahme genügend aufgeklärt zu sein, wird von einer Vernehmung dieser Personen Abstand genommen.

Der Staatsanwalt gab dann die Erklärung ab, daß er nach dem als Zeugen verlangten Zeugen Toiff bei der Polizei in Magdeburg Nachforschungen angestellt und von dort jetzt den Beschuldigten erhalten habe, daß dieser von dort nach Stettin, Zentral-Hotel, abgemeldet und von dort unbekannt verzogen ist. Es wird daraufhin allgemein auf diesen Zeugen verzichtet.

Vor Schließung der Beweisaufnahme muß noch über den von der Verteidigung gestellten Beweisantrag, bezüglich des Losspiegels Schreiber beschlossen werden. Dieser Beweisantrag befragt, daß Schreiber als Zeuge bestätigen könnte, daß er in München als Losspiegel tätig war und die Befreiung des der Behörde unzureichenden Losspiegels Blau übernommen hatte. Er habe zu diesem Zweck Blau von München über Magdeburg nach Berlin gebracht, hier die Ermordung betrieben, und die Tat selbst, allein oder mit anderen, ausgeführt. Da die Verteidigung auf diesem Beweisantrag besteht, wird Gerichtsbescheid herbeigeführt. Das Gericht beschließt und verkündet, daß der Beweisantrag abgelehnt sei.

Rechtsanwalt Weinberg gab zur Kenntnis, daß ihm Toiff mitgeteilt wird, daß der Losspiegel Toiff am 23. Juni 1919 wegen Erprellung verhaftet und in dem Polizeigewahrsam in der Dirksenstraße untergebracht war. Am andern Tage kam Oberleutnant Graf Westarp mit einer Befreiung vom Reichswehrgruppenkommando 20 und befreite Toiff.

Da die Beweisaufnahme geschlossen werden sollte, verzichtete die Verteidigung auf Herbeischaffung der Akten resp. der Vernehmung des Zeugen Toiff oder des Oberleutnants Graf Westarp über diese Angelegenheit. Damit ist die Beweisaufnahme geschlossen.

Nach der Mittagspause erklären mehrere Geschworene, daß sie nicht instande wären, der Verhandlung länger als bis 5 Uhr nachmittags zu folgen. Die Prozeßbeteiligten einigen sich dahin, die Vizepräsidenten des Staatsanwalts sowie der Verteidigung erst am Montag entgegenzunehmen.

Der Vorsitzende gab dann die von ihm formulierten Schuldfragen

bekannt. Diese lauten für den Angeklagten Hoppe sowie auch den Angeklagten Fichtmann, ob sie sich des Mordes, im Falle der Verneinung dieser Frage, des Toiffschlags, im Falle der Verneinung der Beihilfe, zu einer von beiden schuldig gemacht haben. Wenn auf Toiffschlag oder Beihilfe erkannt wird, ob mildernde Umstände vorhanden sind.

Für den Angeklagten Fichtler lautet die Frage, ob er sich der Beihilfe am Mord resp. Toiffschlag schuldig gemacht habe.

Auf Antrag der Verteidigung werden für die Angeklagten Hoppe und Fichtler die Eventualfragen gestellt, ob sie sich schuldig gemacht haben, eine ihnen zur Kenntnis gekommene Mordtat der Behörde nicht rechtzeitig mitgeteilt zu haben.

Hierauf wird die Verhandlung auf Montag vormittag, 9 1/2 Uhr, vertagt.

## Das neue österreichische Kabinett

Das neue Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Der Tiroler Professor Dr. Mayr ist Vizepräsident der Staatskanzlei und Staatssekretär für Verfassung und Verwaltung, Staatssekretär des Innern ist Sektionschef Walter Kreisly, Staatssekretär für Handel Abgeordneter Heintl, Staatssekretär für Landwirtschaft Abgeordneter Hauff, Unterrichtssekretär für Kultus Abgeordneter Willas, als Vertreter der Christlichsozialen Staatssekretär für Inneres ist Abgeordneter Dr. Renner, Staatssekretär für Heereswesen Abgeordneter Dr. Deutsch, Staatssekretär für soziale Verwaltung Abgeordneter Hanusch, Unterrichtssekretär für Unterricht Abgeordneter Gössel im Staatssekretariat, Präsident der Sozialisierungskommission Abgeordneter Dr. Ellenbogen, als Vertreter der Sozialdemokratie.

## Die Ergebnisse der Volkszählung in Deutsch-Österreich

T.U. Wien, 3. Juli.

Das Statistische Amt gibt das Ergebnis der Volkszählung vom 31. Januar 1920 bekannt. Die Gesamtbevölkerung beträgt 6 067 430, sie hat sich seit der letzten ordentlichen Volkszählung vom 31. Dezember 1919 um 227 209 vermehrt, das ist um 3,81%. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung entfällt auf das Land Niederösterreich. Von der Bevölkerung sind 3 162 952 Personen weiblich und 2 904 478 männlich. Die weibliche Bevölkerung hat um ungefähr 1% abgenommen, die männliche hat sich um 6,81% vermehrt.

Die Internationale Seemannskonferenz in Genoa nahm heute den Kommissionsbericht und den Entwurf des Abkommens über die Stellensmittlung und die Arbeitslosenversicherung an. Bei Beschäftigungslosigkeit infolge Schiffbruchs sind die Reederei zur Zahlung eines zweimonatigen Lohnes verpflichtet.



# Damen-Schuhe

98,<sup>50</sup> 129,-

Spangenschuhe, prima Boxcalf, ferner farbige Schnürschuhe, Einzel-paare, z.T. leicht beschädigt

Hochelegante Damen-Schnür- und Spangenschuhe, braun u. mahagoni Boxcalf u. Chevreau

159,- 188,-

Schnür- und Spangenschuhe, grau, braun und mahagoni sowie schwarz Chevreau u. Boxcalf, mit u. ohne Lackkappe, neue hochmoderne Formen

Schnür- und Spangenschuhe, in elegantesten Ausführungen, braun Chevreau und braun Boxcalf, allerbeste Rahmenarbeit oder gewendet

# Billige Preise

## Herren-Schuhe

195,- 235,-

Halbschuhe, schwarz Chevreau und Boxcalf, moderne, neue Formen, beste Rahmenarbeit

Halbschuhe, braun Boxcalf und Chevreau, erstklassige Ausführung und echte Rahmenarbeit

285,-

Herren-Schnürstiefel, braun Boxcalf u. Chevreau, neueste Formen, beste Ausführung, echte Rahmenarbeit

## zur Reise

### Leinenschuhe

95,- 59,-

Prima weisse Leinen-Spangen- u. Schnürschuhe, elegante Ausführungen, in modernen Formen

Hochelegante weisse Leinen-Schnürschuhe, kleidsame, neue Formen, sehr preiswert

Kinder-Halbschuhe weiss Leinen

Kinder-Stiefel weiss Leinen

21<sup>50</sup>

26<sup>50</sup>

Die Preise steigen pro Grössenserie wie üblich

# Leiser

HAC

### Theater und Vergnügungen

**Bolkshühne**  
7 1/2 Uhr  
**Bruder Martin**

**Neues Volkstheater**  
Abendlicher Vorst. 8 U.  
7 1/2 Uhr: Die 3 Zwillinge.

**Städt. Schauspielhaus**  
Operetten-Oper (Spiel)  
7 30 Uhr: Die Strohwitwe  
Musik von Leo S. i. d. S.

**Großes Schauspielhaus**  
Aufführung  
Sonntag 11 U.: Julius Caesar  
Montag 11 U.: D. 4. Vorstellung  
7 Uhr: Julius Caesar.  
(18. Abführung, IV. Akt)

**Deutsches Theater**  
Maria Orska in  
8 1/2 Uhr: Die Dampfkessel

**Kammer-Tanzspiele**  
8 1/2 Uhr: Die Dampfkessel

**Kleines Schauspielhaus**  
7 1/2 Uhr: Die Dampfkessel

**Theater des Westens**  
8 1/2 Uhr: Die Dampfkessel

**Königgräber Straße**  
11 1/2 Uhr: Die Dampfkessel

**Geständnis**  
11 1/2 Uhr: Die Dampfkessel

**Komödienhaus**  
8 1/2 Uhr: Die Dampfkessel

**Berliner Theater**  
1/8 Uhr: Die Dampfkessel

**Lessing-Theater**  
Sommerfest

**Leopoldine Konstantin**  
in Das Glas der Jungfrau

**Deutsches Künstler-Theater**  
Abendliche 7 1/2 Uhr:  
Die bessere Hälfte  
mit Max Adalbert

**Rose-Theater**  
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel  
Gartenstücke täglich  
7 Uhr: Die Nacht um d. Erde.

**Neues Operettenhaus**  
Direktor Jean Stern  
Abendliche 7 1/2 Uhr: 30 Minuten!

**Prinzessin Friedl**

**Trianon-Theater**  
(Bahnhof Friedrichshagen)  
Täglich 1/8 Uhr

**Maskerade**  
Sonntag 4 Uhr kleine Preise:  
Der Eidenried

**Residenz-Theater**  
(Südliche Annamische Straße)  
Täglich 7 1/2 Uhr

**Die Rajchhoffs**  
Sonntag 4 Uhr kleine Preise:  
Der gute Ruf

**Chemaliges Voigt-Theater**  
Abendliche 8 U.  
Sommerfest:  
Täglich nachm. 4 1/2 Uhr:  
Eine kleine Nummer.  
Er auch taub sein!  
Abend 7 1/2 Uhr:  
Das Fräulein vom Amt

**Berliner Prater**  
Rehman-Allee 7-9  
12 Variete-Geniationen 12

In der Tempelallee  
Wahlgang 1/8 Uhr  
**Großer Ball**

**Walthalla-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr  
Kasernenluft.

**Sommer-Theater**  
„Groß-Verita“, ehem. Kien's  
Kalenbeide 15

Sonntag und Montag  
7 30 Uhr  
**Krone und Zettel**

ab Dienstag täglich:  
**Was junge Mädchen träumen?**  
Berliner Schlager-Operette

ab 5 1/2 U.: Erfrisch. Spezialitäten

**Kammer-Tanzspiele**  
Bühnenstr. 6, am Nollendorfsplatz  
Täglich 7 1/2 Uhr  
Sonntag 7 1/2 Uhr:  
Ordnung, Balletts u.  
Schuhreize-Tänze

**Apollo-Theater**  
Friedrichstr. 218  
Abendliche 7 1/2 Uhr  
Sonntag 7 1/2 Uhr:  
Unüberwindliches  
Variete-Programm!

**Theater am Kottbuser Tor**  
**Elite-Sänger**  
Täglich 7 1/2 Uhr  
Mittwoch der Original  
Leipziger  
Fritz-Weber-  
Sänger.

Vorverkauf 11-12 U. n. 4-5 Uhr

**Schaubühne**  
Landsberger Allee 10/11  
Direkt am Ringbahnhof.

Täglich  
Bei Regen im Saal  
Beginn des

2. Meisterringer-Wettstreits  
um Preise von 12.000 Mk.  
Weltmeister des

16 Ringkampfes  
haben sich gestellt.  
Unter anderen: Huxy, Wells,  
meißler; Georg Sireng, Wells,  
meißler; Tompson, Hayes,  
Chompen-Westphalen; Hüfer,  
Meisterringer-Panzer usw.

Vorabend: Großes Konzert und  
Variete-Vorstellung.  
Sonntags u. Donnerstags  
Brilliant-Feuerwerk

Mittwoch 8 1/2 Uhr ab  
Familien- und Kinderfeste  
mit Geschenken & Verteilung.  
Anfang des Konzerts und der  
Vorstellung Sonntags 4 Uhr,  
Wochentags 7 1/2 Uhr.  
Die Ringkämpfe beginnen um  
1/8 Uhr pünktlich.

**Berliner Kindl**  
Bräuer- u. Musikant  
Robert Berger  
Neukölln, Hermannstr. 214-19

Jeden Sonntag  
Großes Variete-Konzert  
ausgeführt v. Berl. Tonkünstler-  
Orchester. Die Frau Hollescher  
Montag Hofm. Novod. Sänger  
Witwood Sr. Ulrich-Konzert  
Sonntagabend Verein. Koffelkühn,  
Regelhorn, Kinderbelustigung.

**Neue Welt**  
Arnold Scholz  
Kalenbeide 108-114

Täglich Konzert  
und Vorstellung  
Mittwochs, Mittwochs,  
Donnerstags u. Sonntags  
Großer Ball.

Die Aufführungen täglich, gedfr.  
Anfang wochentags 5 Uhr,  
Sonntags 4 Uhr.

**Friedrich-Wilhelmstädt. | Ballschmieder's**

## Varieté-Gärten

Nahe Invalidenstr. **Chausseestr. 30** Nahe Invalidenstr. | Gesundbrunnen **Badstraße 16** Gesundbrunnen  
3000 Sitzplätze **Dir. Alex. Grahlmann** 3000 Sitzplätze

12

**Die größten und billigsten Varieté-Bühnen Berlins**  
Unsere Programme sind unerreichbar! In jedem unserer Gärten

### Attraktionen

12

<p><b>2 Roits,</b> Hand- akrobaten Marga Behrwell und Partner, Künstl. Spiele</p> <p><b>III Victor Ritter</b> Margit und Vener, Rom. Akt. Sensat. Lichttänzerin. Mm. Langtry, Im Kampf m. d. Wellen.</p> <p><b>3 Borkums, Kom. Musikal. Akt</b> <b>2 VOOSTENS,</b> Equilibristen auf rotierender Kugel</p>	<p><b>A. und D. Ottokar,</b> Gesangs-, Tanz- und Verwendungs-Akt Jongleur Valence-Akt</p> <p><b>Berlins bester Humorist</b> <b>Charles &amp; Co.</b> Komische Va- sirenen</p> <p><b>Frigi Frau,</b> Berlins beliebteste Soubrette Fredini &amp; Deann, Jongleur- Valence-Akt</p>	<p><b>Teddi Margot,</b> Verwendungs- Spitzenkünstlerin <b>Merz-Trio,</b> Künstlerische Spiele <b>Cara Caliva,</b> Indische Tänzerin m. i. d. Schlange</p> <p><b>Jiketo &amp; Jenny,</b> Equilibrist. Reinheit komische Jongleure</p> <p><b>Martha u. Paul Betras,</b> <b>4 Benas,</b> Scherz- akrobaten</p>	<p><b>4 Blumenfelds,</b> Kraft- turner <b>3 Geschwister Ditt,</b> akrobaten Wirklich bester Humor.</p> <p><b>Victor Ritter,</b> Humor.</p> <p><b>5 Lins,</b> Radfahrer- Akt <b>2 Markanis,</b> Gladiatoren- spiele <b>Markisch-Pantomime,</b> Ein ideales Gesellschafts-</p>
--	--	---	--

**Jeden Donnerstag Elite Brillant-Feuerwerk** **Jeden Mittwoch**  
ausgeführt vom Pyrotechniker Kuntz

Musikdirektor Boiglander dirigiert das 30 Mann starke Orchester | Musikdirektor Arthur Meyer dirigiert das 30 Mann starke Orchester

**In beiden Gärten:**

Kasseneröffnung	Anfang des Konzerts	Anfang der Vorstellungen	
Sonntags . . . . . 2 Uhr	Sonntags . . . . . 4 Uhr	Sonntags . . . . . 6.30 Uhr	
Wochentags . . . . . 4 Uhr	Wochentags . . . . . 5 Uhr	Wochentags . . . . . 7.15 Uhr	

### Kammer-Tanzspiele

Bühlowsstraße 6 Am Nollendorfsplatz  
Telephon: Litzow 2305

Täglich  
7 1/2 Uhr:  
**Orientalisches Ballett  
und Schönheitstänze**

---

Heute nachmittag 2 Uhr  
auf dem Langen-See bei Grünau

## REGATTA

des Freien Ruderbundes Berlin

10 Rennen • Ungefähr der Damenmannschaften • Konzert  
Eintritt 2.- und 1.- Mark

Fahrverbindung: Gültiger Bahnhof und Stadtbahn bis Grünau

---

Täglich  
**Irische Seefische  
u. Räucherwaren**  
Geestemünder Fischhalle Steglitz  
Albrechtstr. 131. Ecke Büppelstr.

---

12000 Mark

Verkaufsschreiben für die Feste von  
**Kürschners Bücherschatz**  
(Roman- u. Novellen-Sammlung, Jeder  
Band 16 Pf., mit Teuerungszuschlag  
10%) Bedingungen für das Preisver-  
schreiben liegen allen neuen Bänden  
von Kürschners Bücherschatz bei u. sind  
durch jede Buchhandlung oder von  
**Hermann Hügel Verlag,**  
Berlin W 9, kostenlos zu beziehen.

## Schweizer-Garten

am Friedrichshain 29-32. Am Königstor, nahe Alexanderplatz

**Größter und anerkannt schönster Naturgarten Berlins**  
10 000 Personen fassend  
Straßenbahnverb.: 10, 17, 59, 62, 162, 44, 80, 81, 1, 2, 4, 74, 10, 17, 38, 64, 162, 164, Q

Ab heute täglich das große Volksstück:  
**Du sollst nicht begehren Deines Nächsten Weib**  
mit Franz Sobanski und Frau Direktor Herrmann in den Hauptrollen  
dazu die mit Bombenerfolg aufgenommene Komie

### Berlin in Stimmung

mit dem Schuß eines lebenden Menschen aus der Kanone  
und die großen Spezialitäten, unter anderem  
**Franz Sobanski, Humorist, Franz-Franzi**  
in ihrem geheimnisvollen Jaskans-Akt

**Lotte Forré-Wald, Soubrette • Carl Ortmann, Humorist**  
**Im Reiche des Indra**  
Große Indo-Orientalische Tanzpantomime in 1 Akte — einstudiert von  
der ehemaligen Hofballkünstlerin Frieda Ledertz

**Jeden Mittwoch: Großes Kinderfreudenfest mit Gratisverlosung**  
**Jeden Donnerstag: Brillant-Feuerwerk**  
**Jeden Freitag: Volkstag, I. Parkett 3.-, alle andern Plätze 1 Mk.**

Rassen-Größsumma	Anfang des Konzerts	Anfang der Vorstellung
Wochentags 8 Uhr	Wochentags 5 Uhr	Wochentags 5 1/2 Uhr
Sonntags 2 Uhr	Sonntags 4 Uhr	Sonntags 5 Uhr

Schweizer-Garten am Friedrichshain 29-32

**Gutfeld**  
bereits zum ersten Mal  
in der Geschichte des  
Gartenes  
mit einem  
so  
ausgezeichneten  
Programm

**Gutfeld**

**Genossen werbt Abonnenten für die „Freiheit“!**



Deutscher Reichstag

7. Sitzung, Sonnabend, den 3. Juli.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation Ledebour (U. Soz.) über die Vorgänge in Thal bei Ruhla. (Erziehung von 15 Arbeitern.)

Reichswehrminister Dr. Gessler: Meine frühere Antwort in der Sache scheint nicht verstanden worden zu sein. Ich habe damals gesagt, daß wir eine Besprechung dieser Interpellation abhalten, weil gegen das Urteil Berufung eingelegt ist und die Regierung nicht mit einer eigenen Aufhebung in ein zweites Gerichtsverfahren eingreifen will. (Sehr richtig!)

Abg. Ledebour (U. Soz.) fragt, ob die Regierung die Beantwortung überhaupt ablehne oder für einen späteren Termin in Aussicht stelle.

Reichswehrminister Dr. Gessler: Ich glaube, daß, wenn das Urteil rechtskräftig geworden ist, nichts das hohe Haus hindern kann, das Urteil hier zu besprechen.

Abg. Ledebour (U. Soz.) beantragt die sofortige Besprechung der Interpellation. Da die Abstimmung zunächst zweifelhaft bleibt, wird Sammelprüfung notwendig, der mit 182 gegen 142 die Ablehnung der sofortigen Besprechung ergibt. (Abg. Crispian (U. Soz.) ruft Psst!)

Die kommunistische Interpellation über Spionageorganisationen wird, wie Reichsminister Koch erklärt, in der vorliegenden Frist von ihm beantwortet werden.

Auf der Tagesordnung steht ein Antrag Hamm (Dem.) auf Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung des Geschäftsbetriebs, der Ergebnisse und der Frage der Liquidierung der Kriegsgesellschaften.

Abg. Hamm (Dem.) begründet eingehend seinen Antrag, dem die Abgeordneten Hoch (Soz.), Dr. Nieber (D. Sp.), Plum (Ztr.), Jandl (Bayer. Sp.) und Bruhn (D. Nat.) zustimmen.

Dr. Nieber (U. Soz.) stimmt der Einsetzung der Kommission zu, weist aber darauf hin, daß die Kriegsgesellschaften Interpellationen des Handels sind, die lediglich betriebliche Funktionen haben. Nicht nur von den Kriegsgesellschaften sei die Geschäftsmoral beeinflusst worden, sondern mehr noch von dem freien Handel. Die Schäden in den Kriegsgesellschaften sind meistens gerissene Ähnhänger der Rechten.

Reichswirtschaftsminister Scholz begrüßt die Anregung und wird ihr Folge leisten. Es ist schon vieles geschehen, so hat sich vom Januar 1919 bis zum Frühjahr 1920 die Zahl der vom Reichswirtschaftsministerium reorganisierenden Angelegten der Kriegsgesellschaften von 13 000 auf 7000 vermindert. (Beifall)

Der Antrag wird darauf einstimmig angenommen.

Es folgt der Antrag über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

Abg. Warmuth (D. Nat.): Wir sind gegen Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Aus rein parteipolitischen Gründen könnten wir zustimmen, denn schon die bisherigen Ergebnisse haben eine Entlastung der Angekludigten ergeben. Aber wir sind der Meinung, daß, solange die Archive der andern Mächte nicht offen stehen, wir nur halbe und darum falsche Urteile erhalten können. (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Abg. Nieber (D. Sp.): Da ein abschließendes Urteil über die Frage bei der einseitigen Untersuchung nicht möglich ist und außerdem nur die Parteigegensätze verschärft würden, lehnen wir die Einsetzung ab.

Abg. Dr. Weisheid (U. Soz.): Auch in meiner Fraktion haben Zweifel darüber bestanden, ob sich eine Wiederbelegung des Untersuchungsausschusses empfiehlt. Sie gründeten sich auf die geringen Leistungen, die der Untersuchungsausschuss, sowohl was den Umfang der Arbeit wie was die Qualität der Ergebnisse anlangt, vor sich gebracht hat. Die Schwerfälligkeit des Tempos und der unbefriedigende Charakter der Resultate hängen mit der Konstruktion des Tribunals zusammen. Als Richter sehen da die Vertreter der Parteien, die abgesehen von der Anabh. Sozialdemokratie, an den Dingen, die aufgedeckt werden sollten, direkt oder indirekt mitschuldig waren. Wie können diejenigen ein Urteil über die Schuld am Kriege fällen, die den unmittelbar Schuldigen Helfershelferdienste geleistet und die Unschuld Deutschlands beteuert haben? Wie können diejenigen das Verbrechen des verhängnisvollen Ubootkrieges verdammen, die selber dem Reichskanzler die Blankovollmacht gegeben haben, es zu begehen?

Es lag an der falschen Konstruktion, daß Personen, die als Angeklagte hätten erscheinen müssen, als lauchverständige Zeugen das große Wort führten und daß einer von ihnen, Herr Helferrich, der Mann, der sich in jeder Situation durch einen absoluten Mangel an Verlegenheit auszeichnet, den Ausschuss terrorisierte. (Beifall links.)

Schließlich aber haben wir uns doch entschlossen, für den Ausschuss zu stimmen, da er doch manche Tatsachen ans Licht gebracht und mancher Persönlichkeit den ihr in der Geschichte der Kriegsverbrechen gebührenden Platz zugewiesen hat. Vieles

war schon bekannt, aber es war gut, daß es amtlich festgestellt wurde. So der Hochn, mit dem Ludendorff den Postkoffer aufnahm, der den Frieden mit Amerika erhalten wollte, so der Gefangenenauswahl des Herrn Helferrich, der ein Opfer des Intellekts brachte — das einzige, das ihm leicht fällt.

Von dem von Nieber bestrittenen Ausschuss von Historikern und Juristen wollen wir nichts wissen. Eritens würde ein solches Gericht tagen wenn alle Beteiligten das Zeitliche gesegnet hätten und zweitens haben wir nicht das geringste Vertrauen in die Vertreter der amtlichen Wissenschaft. Wir wollen, daß möglichst schnell ein möglichst objektives Urteil gefällt wird. (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Frau Bohm-Schuch (Soz.): Wir sind uns klar, daß wir nicht Richter, sondern nur objektive Untersucher in diesen Ausschüssen sind. (Beifall.) Wir sind durchaus damit einverstanden, daß alle parteipolitischen Beträchtungen ausgeschaltet werden müssen, sondern jeder Abgeordnete nach seinem Gewissen ohne Parteizwang urteilt, damit es auch wirklich ein Volksgericht und nicht ein Parteigericht wird. Gegen den Vorwurf, gerade Parlamentarier dazu zu erwählen, sage ich, daß die Parlamentarier doch die Erwählten des Volkes sind und sicherlich viel unabhängiger auftreten können als beamtete Richter oder Professoren. In dem Augenblick, wo Tränen sich anschießen, solche Ausschüsse ins Leben zu rufen, können wir unsere nicht aufgeben und ihre umfangreichen Vorarbeiten wieder anfertigen. (Sehr richtig!) Was würde das für einen Eindruck im Ausland machen. Wir sind heute mehr denn je der Meinung, daß nicht Deutschland einseitig die Schuld trägt, sondern, daß die Ursache im kapitalistischen System aller Länder liegt. (Beifall links.) Das deutsche Volk hat ein Recht darauf, die ganze Ursache der Katastrophe zu erfahren. Wir fordern die Wahrheit hören zu wollen, und sind deshalb für den Untersuchungsausschuss und bitten ebenfalls für Einsetzung dieses Ausschusses zu stimmen, damit die ganze Welt sieht, daß wir unser Teil zur Klärung der Katastrophe beitragen wollen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Nachdem Abg. Selke (Dem.) und Spahn (Ztr.) für Einsetzung des Ausschusses gesprochen haben, wird die Wiedereröffnung gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien angenommen.

Es folgt die zweite und dritte Beratung des Not-Etats.

Sämtliche Positionen werden ohne Aussprache in zweiter Lesung angenommen. Zu dem Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft ist ein Posten von 13 025 000 Mark eingestellt als Zuschuß des Reiches zu den durch die Empfangnahme und Verteilung der ausländischen Liebesgaben entstehenden Kosten.

Dazu gibt Präsident Voeb folgende Erklärung ab: Diese Ausgaben, die wir soeben bewilligt haben, hängen zusammen mit dem großen Liebeswert, das durch ausländische wohltätige Kreise für Deutschland in Angriff genommen worden ist. Im Rahmen der Volkserziehung und ohne Unterschied der Parteien sagen wir den großherzigen Helfern unsern allerherzlichsten Dank. (Lebhafter Beifall.) Wir danken für ihre Hilfe und für ihre edle und menschliche Unterstützung der Gesellschaft der Freunde in Amerika, den englischen Quäkern, den Helfern in Schweden und in der Schweiz und ganz besonders auch den Deutschamerikanern und vielen anderen. Ihnen gilt unser allerherzlichster Dank. (Ernster lebhafter Beifall.) Sie alle haben mitgeholfen an dem Wiederaufbau unseres kostbarsten Gutes, der Jugend. Sie alle haben dazu beigetragen, daß ein wahrer Frieden zwischen Volk und Volk erreicht wird, sie verteilten die Reibel des Hasses und des Mißtrauens, die noch immer zwischen den Völkern liegen. Das deutsche Volk wird ihnen die an seinen Kindern geübte Liebe niemals vergessen. (Anhaltender lebhafter Beifall.)

Abg. Pashnie (Dem.): Der einzurichtende Ausschuss für die Verbilligung bei den einzelnen Verwaltungsämtern soll auch die Vorgänge in den Kestern aufklären, die sich kurz vor der Verbilligung der Eisenbahnen abgepielt haben. (Sehr richtig!)

Es wird sofort die dritte Lesung vorgenommen.

Abg. Crispian (U. Soz.): Der Not-Etat ist wie ein ordentlicher Etat zu behandeln. Das Stimmen für den Etat wäre eine Vertrauensabstimmung für die Regierung. Da meine Fraktion der Regierung ihr Mißtrauen ausgesprochen hat, muß sie auch den Not-Etat ablehnen. (Zuruf: Natürlich!) umso mehr, als auch gestern der Reichstanzler keine Zusicherungen über die Amnestie geben konnte, wie auch über die Einhaltung der den Arbeitervertretungen gegebenen Versprechen. Wir lehnen den Not-Etat ab, unbeschadet dessen, daß einzelne Forderungen unsere Billigung finden. (Beifall bei den U. Soz.)

Der Not-Etat wird darauf in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Antrags Müller-Franken (Soz.) auf

Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.): Es ist eine Schande, daß wir nach zwei Jahren sogenannter Revolution noch über einen solchen Antrag sprechen müssen. Der alte Militarismus ist noch

immer nicht tot, wie erst jüngst das Marburger Schandurteil bewiesen hat. (Sehr richtig!) Die Militärgerichtsbarkeit hat auch vor dem Kriege keinerlei Vertrauen und Sympathie gewonnen und hätte spätestens beim Zaubernotstand aufgelöst werden müssen. Besonders schlimm war es während des Krieges, wo die Militärgerichtsbarkeit schuld an den ungeheuren Bluturteilen gegen deutsche Soldaten ist. (Sehr richtig!) Der Fall Helmke war nur eine der bestialisch vernehmlichen Beispiele. Auch nach der Revolution hat die Militärgerichtsbarkeit weiter gewüthet und gezeigt, wie sie rücksichtslos zur Unterdrückung der Arbeiter angewendet werden kann. Man braucht nur den Prozeß gegen die Mörder Liebnechts und Luxemburgs, den gegen den Grafen Arco gegenüberstellen, um die ganze Gemeinheit dieser sogenannten Justiz zu sehen. (Sehr richtig!) Und die Verbrechen an meinen Genossen Schottländer und Judran, sowie an Paafsch, sind alle nicht geklärt, weil die Militärgerichtsbarkeit noch weiterbesteht. (Sehr richtig!) Wir sind durchaus gegen eine Ueberweisung an einen Ausschuss, weil dadurch nur eine Verschleppung herbeigeführt wird. Unerhört ist es, daß gestern ein Mitglied dieses Hauses, Herr Helferrich, sich zum Helfershelfer der Marburger Mordbuben gemacht hat. (Lebhafte Witze bei den U. Soz.) Auch wenn die Ziviljustiz an die Stelle der Militärjustiz tritt, ist nur wenig geholfen, denn die Justiz war und ist immer ein Mittel des Kapitalismus gegen die Arbeiterschaft. (Sehr richtig!) Lieber wäre uns die Abschaffung der Militärmacht überhaupt, die uns inner- und außerpolitisch nur im höchsten Grade schädlich und gefährlich ist. (Zuruf: Für Sie gefährlich!) Darum sagen wir noch einmal, daß die Militärgerichtsbarkeit sofort aufgehoben werden muß, daß es aber dabei nicht sein Bewenden haben kann. (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Warmuth (D. Nat.) beantragt die Ueberweisung an einen Ausschuss zwecks gerichtlicher Durchberatung. (Widerspruch links.)

Abg. Schöpflin (Soz.): Es ist notwendig, daß der Gesekentwurf ohne Ausschubheraufsetzung sofort vorgenommen wird. (Sehr richtig!) Schon in der Nationalversammlung hat der Regierungsvorsteher, der Unterstaatssekretär Uweald ausdrücklich betont, daß eine Hinausschiebung nicht angebracht ist. Vielleicht hat ihn dabei das Marburger Schandurteil vorgeschmeichelt. Das gewisse Paragrafen geändert werden können, ist natürlich möglich und wir selbst werden in der zweiten Lesung solche Anträge einbringen. Jetzt aber handelt es sich darum, sofort etwas zu erreichen, damit solche fürchterlichen Dinge nicht mehr vorkommen können. Eine Ausschubberatung bedeutet ja nur eine Verschleppung der Angelegenheit. Zu dem Marburger Urteil will ich nur bemerken, daß der Einwand hinsichtlich, daß alle Angekludigten gleich ausgesagt haben. Das ist sehr natürlich, denn die Herren durften ja bis zur letzten Stunde frei herumlaufen; wären das Sozialisten gewesen, dann hätte man jeden von Anfang an in Einzelhaft genommen. (Sehr richtig! — Widerspruch rechts!) Die Rechte möchte ich noch fragen, womit wollen Sie eigentlich die Aufrechterhaltung der Militärgerichtsbarkeit begründen? Mit militärischen Gründen wohl kaum. Bei einem Heer von 200 000, vielleicht nur 100 000 Mann, wird Ansturm, was nach Ihrer Meinung wenigstens bei einem Millionenheer Sinn war. (Sehr richtig!) Man wird das Gefühl nicht los, daß man durch die Militärgerichtsbarkeit nur die gesetzliche Grundlage haben will, um die zu entschuldigen, die gegen Arbeiter vorgehen. (Sehr richtig! links, Widerspruch rechts.) Doppelt notwendig ist es darum, daß der Entwurf so schnell wie möglich Gesek wird, um die ungeheure Erregung im Volk zu beruhigen und der Gerechtigkeit zum Sieg zu verhelfen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Scholz (D. Sp.) unterstützt den deutschnationalen Antrag auf Ueberweisung an eine Kommission.

Die Abgg. Holz (Ztr.) und Waltheim (Dem.) erklären, daß sie der Ausschubberatung nicht widersprechen wollen, aber nur in der Hoffnung, daß dieselbe allerhöchsten Arbeit und höchstens nach zwei Sitzungen der Gesekentwurf wieder dem Reichstag vorgelegt wird. Auch Abg. Emminger (Bayer. Sp.) ist mit der Ausschubberatung einverstanden.

Abg. Dr. Levi (Kommunist): Hier handelt es sich nicht darum, ob der Zivilstrafprozeß besser ist als der Militärstrafprozeß, sondern um eine Personenfrage. Es wird immer gesagt, nur Soldaten könnten in Militärangelegenheiten urteilen. Ich glaube, daß 80 oder 90 Prozent derjenigen, die vor Militärgerichten abgeurteilt werden, aus den Kreisen des Proletariats stammen, und sie werden abgeurteilt von Richtern, die auch nicht in den Kreisen des Proletariats aufgewachsen sind. (Sehr richtig! links.) Es kommt im gegenwärtigen Stadium nur darauf an, ob die Richter, die gegenwärtig die Militärgerichte belegen, fähig und würdig dazu sind. Die Art, wie sie gerichtet haben, spricht dafür, daß sie der Würde der Rechtsprechung verlustig gegangen sind. In Marburg ist falsch entschieden worden, im Prozeß Liebnecht-Luxemburg ist falsch entschieden worden (Zustimmung bei den U. Soz.). Sind die Richter, die dort geurteilt haben, noch würdig, rechtzusprechen? Selbst das Reichs-

Die schwere Stunde

Roman

Victor Panin

Nur bei dem Gedanken daran überriefelt es mich eiskalt. Aber weshalb? tröste ich mich selber, — man sagt ja, die Wahnsinnigen seien glücklich, sie leben in der phantastischen Welt ihrer Träume und sehen keine Leiden. Sollte es so sein, dann tut es nichts... aber der Anfang ist für mich sehr schwer. Ich beginne an den Menschen das zu sehen und zu bemerken, woran ich früher ganz teilnahmslos vorbeigegangen bin, deren Sinn mir bisher verschlossen war, vielleicht weil ich unbedacht, wie sie, handelte, ohne mir Rechenschaft zu geben, ohne dem Grund nachzuspüren, alles ebenso verrichtete, weil alle „normalen“ Menschen so handelten.

Auch früher hatte ich das Leben beobachtet, als „berühmter“ Schriftsteller konnte ich ja nicht anders tun, und nicht selten hatte ich Gelegenheit, Urteile von Kritikern über mich selbst zu lesen, ich sei „ein großer Kenner des Lebens“, „ein seiner Psychologie, dessen scharfer Blick in alle Geheimnisse des Lebens dringt“.

Es ist merkwürdig, wie diese Herren, ohne dabei die geringsten Gewissensbisse zu verspüren, logen. Was habe ich denn früher im Leben gesehen? — Gar nichts, ich war ja blind. Aber jetzt scheint es mir, daß ich etwas „he, ein Zipfel vom Schiefer des Lebens lüftet sich vor mir. Ist es, weil die menschliche Seele im Kriege tiefe Erschütterungen erleidet, oder weil die sich jeden Augenblick vor uns abspielenden größten Szenen von Leben und Tod uns der Erkenntnis der größten Weltprobleme näherbringen, deren Lösung sonst vergebens im alltäglichen Leben gesucht wird? Ich weiß es nicht. Wird der Mensch klüger und tiefer, gütiger oder böser? — Ich weiß es auch nicht, aber eines ist mir unzweifelhaft klar: er lehrt von dort nicht als derselbe zurück, als er hingezogen ist. Und wenn...

Ich fuhr zusammen, instinktiv die Anwesenheit eines andern Menschen im Zimmer fühlend. Als ich den Kopf hob, erblickte ich die Wärterin, die gebeugt wie immer auf der Schwelle meines Kabinetts stand; die Klinke der halb-

machte eine unbestimmte Bewegung mit dem Kopfe, die vielleicht Mittel darschicken sollte, oder auch bloß ein fortwährendes, greifendes Zittern bedeutete.

„Was willst du, Njanja?“

Durch meine Frage sichtlich ermutigt, tritt sie ins Zimmer ein, die Tür langsam hinter sich schließend, und kommt ebenso langsam auf mich zu.

„Du wachst noch, mein Lieber?“ sagte sie leise, zärtlich, auf mütterliche Art mit dem Haar streichelnd und dabei beugt sie ihr Gesicht zu mir herab, um mir tief in die Augen zu sehen.

„Ich, die Seele kann es nicht ertragen, mein Herrmister...“

Ich fühlte, daß die Greisin gerade das gesagt hat, was ich nicht lösen konnte. Ja, das ist es, die Seele kann es nicht ertragen, alles ist einem verleidet... .

Und meine Seele füllt sich mit einer so warmen, dankbaren Liebe zu dieser alten, einsamen Frau, die mich einst auf den Armen getragen hat.

„I, und wie bist du groß geworden, du Herztrautiger?“... ich fühlte dabei eine feuchte Träne auf mein Ohr tropfen.

„Du weinst ja, Njanja?“ fragte ich erstaunt, die Greisin nahe zu mir heranziehend, „weshalb? Sage mir, meine Liebe, was ist hier in meiner Abwesenheit vorgegangen? Ich werde gar nicht Hug daraus.“

Sie schweigt, ihr Kopf wackelt jetzt stärker, sie drückt meinen Kopf feier an ihre Brust, so daß ich nichts sehe, und sagt in großem, brummem Tone:

„O, ich höre nicht, mein Herzinnigster, ich bin schon gar zu alt geworden, was habe ich auch für eine Zeitgeist gelebt! Das vermöchte man nicht ein zweites Mal zu erleben. Es ist kein Verleitet, der Herzgott nimmt einen nicht zu sich, die Sünden sind schon gar zu schwer!“

Mit einem verschärften Instinkt errate ich, daß sie nicht die Wahrheit spricht, daß sie einer Antwort ausweicht.

Den 16. August.

Krähmorgens gehe ich aus dem Hause und versuche dabei keinen Lärm zu verursachen, nicht mit der Tür zu knarren, um keinen Menschen zu wecken. Sofort ertappe ich mich

ändern ist, die mich veranlaßt, vorsichtig zu sein, sondern daß ich ganz einfach leise fortschleichen will, damit niemand erwacht und mich aufhält.

Die Pforte unseres Hauses ist schon weit geöffnet, aber ich sehe keinen Hausnecht, wie es früher üblich war. Es ist kalt und mich durchzittert ein Frösteln; ich knöpfe meinen alten Soldatenkittel bis nach oben zu. Gleichzeitig erfrischt mich aber diese Kälte, sie vertreibt meine Müdigkeit, meine Schläfrigkeit nach der erregten, qualenden Nacht.

Die Straßen sind fast leer. Die Menschen schlafen noch, es ist sehr früh. Die wenigen Passanten, die einem begegnen, schleppen sich träge und schläfrig, als wären sie noch nicht ganz vom Schlaf erwacht. Ich fürchte mich immer vor der schweigenden, schlafigen Stadt, sie macht einen so unheimlichen Eindruck. Man weiß nicht, was hinter diesen riesengroßen, von unendlich vielen Fenstern durchlöchernten Häusern verborgen ist.

Ich schaue aufmerksam bald nach rechts, bald nach links, bleibe ab und zu stehen, um besser sehen zu können und dabei kommt es mir vor, als habe sich sogar die Stadt selbst verändert; es war wohl alles an derselben Stelle, aber schien eine neue Gestalt angenommen zu haben.

Die Straßen sind schmutzig, sie sind gewiß lange nicht gefegt worden; viele Häuser sind an der Fassade ganz zerstört. Oft sieht man an den Wänden große, dunkle Löcher, die wohl Spuren der Artilleriegeschosse sein mögen. Die Stuktur vieler Häuser ist abgebrochen; dies sind Spuren der Kanonen. Oftmals sind auch die Fensterscheiben zerbrochen oder hängt der ganze Fensterrahmen zur Straße hinaus, als mühte er jeden Augenblick hinunterzufallen. Man könnte glauben, es hätte hier jemand ein riesiges, gigantisches Spiel gespielt, wobei ein Haus zerstört, zwei, drei verschont wurden, dort wieder einige vernichtet waren. Die stehengebliebenen, unberührten Häuser verstärken noch mehr das drückende Gefühl der Zerstörung ringsum.

„Es wäre nicht nötig gewesen, in den Krieg zu ziehen, hier haben die Menschen ja ärger als im Kriege gekämpft. Was fällt ihnen bloß ein?“ — dies letzte sage ich so laut, daß ein älterer, stämmiger Arbeiter, im Vorübergehen erstaunt auf mich zurückschauend, fragt: „Was? Ich habe nicht gehört, Bruder.“



militärgericht hat bei Kommunisten, die in Schutzhaft saßen, nicht unterläßt, ob sie mit Recht oder mit Unrecht in Schutzhaft genommen waren. Zwei bis drei Monate sind Kommunisten in Haft gehalten worden, ohne daß sich das Reichsmilitärgericht bemühete, darüber zu verhandeln. Als aber ein Hohenzollerupring angeklagt wurde, war dasselbe Gericht bereit, in 14 Tagen seinen Spruch zu fällen. (Lebhaftes Geschrei rechts und links.) Solche Vorurteile sind keine Zerkümmern, sondern höchst schlechter Wille. (Lebhaftes Zustimmung links.) Was tritt nun etwa an die Stelle der Militärgerichte, wenn sie jetzt aufgehoben werden? Die bürgerlichen Gerichte sind nicht viel besser. Wenn es heute offen gesagt werden ist, daß die Militärjustiz eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, so gilt von der Ziviljustiz nicht ein Deutchen anderes. Auch die bürgerlichen Gerichte sind tief gesunken in den Sumpf des Rechtsverbrechens. All dies führt Sie (zur Rechten) zu einer ganz neuen Ordnung unseres Lebens. So ist dies auf allen Gebieten — ich will Ihnen (zu den Bürgerlichen) nur zeigen, wie heute alles Geschehe zwischen rechts und links und hin und her sich immer stützt an der großen Frage, welche Klasse herrschen soll. (Zuruf: Klassenlose Gesellschaft wollen Sie doch!) Ja, in diesem Klassenlosen Staat werden wir kommen, wenn zuerst Ihre Klassenherrschaft vernichtet würde. Wenn Sie es wünschen, werde ich Ihnen darüber ein Privatgespräch geben. (Beifall.) Ihr Tag der Rache ist es, wenn der Generalstreik wieder die höchste Gewalt ausübt, und darum suchen Sie das Heer wenigstens in seinen Kernarbeiten zu erhalten. Und weil wir dies wissen, deswegen müssen wir auch das Recht der Militärgerichtsbarkeit zerschellen, soweit es überhaupt möglich ist. (Lebhafter Beifall bei den U. Soj.)

Justizminister Dr. Heinze: Ich weise die Angriffe des Redner auf die Gerichte auf das allerhöchste zurück. (Beifall.) Damit schließt die Aussprache.

Vizepräsident Dittmann stellt aus dem Stenogramm fest, daß der Abgeordnete Rosenfeld den Abgeordneten Hefflerich als den Helfershelfer der Räderbande von Reichsrecht bezeichnet habe. Dafür müsse er nachträglich zur Ordnung gerufen werden.

Der Gesetzentwurf geht an einen Ausschuss von 21 Mitgliedern. Das Haus verlegt sich auf Montag 3 Uhr: Interpellation über die Brotvermehrung im Ruhrgebiet, die fortgesetzte Steigerung der Lebensmittelpreise und die Arbeitslosigkeit. Schluß 4 Uhr.

## Interpellation über das Spigelwesen

Die kommunistische Fraktion des Reichstags hat folgende Interpellation eingebracht:

„In der Regierung bekannt, daß in Deutschland amtliche Organisationen und außeramtliche Organisationen in engstem Zusammenhang mit amtlichen Stellen bestehen, die durch Scharen von Spigeln Nachrichten über angebliche Pläne innerhalb der radikalen Arbeiterparteien erfassen lassen.

die durch solche erfundenen Nachrichten planmäßig große Teile der Arbeiterklasse der Gefahr der Niederempehlung aussetzen.

die planmäßig Verbrechen vorbereiten und ausführen und insbesondere die menschenverderbliche Beseitigung von Arbeiterführern planmäßig betreiben.

Ist der Regierung weiter bekannt, daß Polizei- und Gerichtsbehörden unter Verletzung des Gesetzes sich in den Dienst solcher Spigelorganisationen stellen?

Glaubt die Regierung Umstände zu sein, diesem Treiben ein Ende zu setzen, ist sie willens, es zu tun und mit welchen Mitteln?

Die Unabhängige Fraktion hat diese Interpellation mit Unterstützung, um ihre Beratung zu ermöglichen.

## Gewerkschaftliches

### Zur Aufklärung!

Eine Angestelltenvereinigung, die mit den freien Gewerkschaften in keinerlei Verbindung steht, kündigte dieser Tage an den Schulen eine Versammlung an, und unterzeichnete diese Einladung neben ihrer sonstigen offiziellen Firma auch noch mit „Arbeitsgemeinschaft Groß-Berlin“. — Am Mittwochabend vorübergehend, die der Gegenseite vielleicht gar nicht unerwünscht wären, möchten wir bekanntgeben, daß wir mit derartigen Vereinigungen nichts zu tun haben. Plakate, die unsere Einladungen enthalten, tragen am Kopf zweimal das A-Zeichen und die untenstehende Unterschrift: „Wir bitten die freigebergesellschaftlich organisierten Angestellten, darauf zu achten.“

Ufa, Ortsrat Groß-Berlin.

### Angestelltenarbitrar in der Metallindustrie

Der Tarif für die Angestellten der Berliner Metallindustrie ist entsprechend den letzten Festlegungen mit dem Datum des 23. Juni von allen Parteien unterzeichnet und damit endgültig abgeschlossen worden. Die Betriebsvereinigungen haben darauf zu achten, daß die Nachzahlungen sofort erfolgen. Bei größeren Betrieben muß natürlich berücksichtigt werden, daß die notwendigen Abrechnungen vielleicht einige Tage in Anspruch nehmen können.

Ufa, Ortsrat Groß-Berlin.

### Die Opposition des Zentralverbandes der Angestellten

Am Mittwoch, den 30. Juni, fand in Daberlands Festsaal eine Versammlung der Opposition des Zentralverbandes der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin, statt, die sich mit dem Ausschluß der sechs Kollegen aus dem Verbande beschäftigte. Felix Hirsch berichtete über die Vorgänge, die zu dem Ausschlußantrag geführt haben und vor allen Dingen über die Verhandlungen mit dem Verbandsausschuss in Hamburg. Der Referent konnte mitteilen, daß aus vielen Ortsgruppen Zustimmungserklärungen zur Tätigkeit der Opposition eingegangen sind. Die Bildung einer besonderen Organisation, die die Mitglieder der Opposition des Zentralverbandes der Angestellten zusammenfassen würde, wurde aus tatsächlichen Gründen vorläufig abgelehnt.

Wir sind der Meinung, daß die Bildung einer Sonderorganisation der Opposition nicht nur aus tatsächlichen, sondern vor allem aus prinzipiellen Gründen abzulehnen ist. Die am besten geeigneten Mitglieder der Opposition können nicht anders und besser tun, als innerhalb der Mitgliedschaften, durch Appelle an die gewerkschaftliche Öffentlichkeit u. dgl., die Aufhebung der Ausschlußbeschlüsse zu erreichen. Jedes Drohen mit Sonderorganisation ist zwecklos und liefert den Feindern nur neues Beweismaterial.

### Verammlung der Beamendiätäre

Über tausend Eisenbahnhilfsbeamte waren dem Rufe des Deutschen Eisenbahner-Verbandes gefolgt, um in den Sophien-Festsaal gegen die mit der Übernahme in das Diätarverhältnis, wie es das Besoldungsgesetz vorsieht, sich ergebende Schädigung zu protestieren. Der Referent verband es ausgerechnet, den Gang der mit den Reichsbehörden und dem Parlament gepflogenen Verhandlungen in klarer und sachlicher Weise zu erläutern. Im Verlauf seiner Ausführungen zeigte er an Hand von Beispielen die Nachteile, die den künftigen Diätären erwachsen; er vermahnte aber auch darauf, daß das größtenteils Schuld der Beamten selbst sei, weil sie der irdigen Meinung, daß ihnen als Beamte, als Besitzer von blauen Knöpfen und wer weiß was für Titeln, der Glanz offen steht, ihrer freigebergesellschaftlichen Organisation den Rücken gekehrt haben.

Nach reger Diskussion gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die am 30. Juni 1920 versammelten etwa 1200 Beamten-

zug von 10 Prozent für den Monat Juni und der von 20 Prozent für den Monat Juli rückgängig gemacht und zurückgezahlt wird. Außerdem ist bei Abschluß des Reichslohnarbitrages darauf hinzuwirken, daß die Besoldung der Diätäre nicht hinter den Löhnen zurückbleibt, die die Diätäre, sofern sie im Arbeiterverhältnis geblieben wären, erreicht hätten.

Die Beamendiätäre verlangen weiter, bei der Betriebskrankenkasse zu bleiben, wobei die Beträge nicht höher zu bemessen sind, als je bisher waren.

Endlich ist darauf zu achten, daß die unterschiedliche Behandlung bei der Anrechnung der Hilfsbeamtenjahre in den Dienststellen unterbleibt.

Zum Schluß gehen die Beamendiätäre der bestimmtesten Erwartung Ausdruck, daß die Regelung ihrer Rechtsverhältnisse ihnen ein den neuzeitlichen Verhältnissen entsprechendes Mitbestimmungsrecht in der Verwaltung sichert.“

## Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen! Am Dienstag, den 6. Juli 1920, nachmittags 5 Uhr im Lustgarten große Demonstrationsversammlung Tagesordnung: Die Arbeitslosenfrage, ihre Ursachen, Folgen und ihre Lösung.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte und Arbeitslose, erscheint in dieser Versammlung in Massen, keiner darf fehlen. Diese Demonstrationsversammlung muß zu einer wichtigen Ausdeutung der arbeitenden Bevölkerung Groß-Berlins werden. Jedem Arbeiter und Angestellten droht durch die Stilllegung der Betriebe das Verpaß der Arbeitslosigkeit. Das Kapital sieht seinen Profit geschmälert und läßt die Arbeitslosen verelenden. Die Arbeit wird einhalten geboten werden. Nicht die Geldunterstützung kann die Arbeitslosen vor dem Elend retten, sondern Arbeit. Das muß Regierung und Gesetzgebung durch diese Demonstration gezeigt werden.

Referenten: Köhler, Krüger, Hebebrand, Malchin, Mühlberg, Höpfer, Kleinkech, Sabath, Schmidt, Weizmann.

Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend.  
Ortsrat der Ufa.

Betriebsrätegruppen der U.S.P.D. und S.P.D.  
Die Arbeitslosenräte Groß-Berlins.

## Betriebsrätewahlen der Eisenbahner.

Am 6. Juli werden die Eisenbahner ihre Betriebsräte wählen. Der Deutsche Eisenbahner-Verband hat aus diesem Anlaß drei öffentliche Versammlungen einberufen, die am Freitag und Sonnabend in Aliens Festsaal, in den Germania-Sälen und im Volkshaus, Charlottenburg, stattgefunden haben. Referenten waren die Genossen Böhl und Haasekruzer. In den Versammlungen kam zum Ausdruck, daß die Eisenbahner die Bedeutung der Betriebsräte für die Demokratisierung der Verwaltung, für die Beseitigung von englischer Bürokratie, für die Beseitigung der bürokratischen-militärischen Geist der Verwaltung, der selbst im Vorjahr noch die militärischen Bedürfnisse der Volksmilizen und Roslegarden den volkswirtschaftlichen Interessen des Reiches vorangestellt hat. Die Betriebsräte werden sowohl die Rechte der Eisenbahner wie die Interessen der Gesamtheit zu wahren haben gegen jeden Mißbrauch dieses wichtigen Verkehrsmittels.

In den Versammlungen bei Aliens und in den Germania-Sälen sprach als Diskussionsredner der vom Verbandsvorstand seiner Organisation wegen gemächerte Genosse Gesele. Die kritische Zustimmung, die er mit seinen Ausführungen über die Aufgaben der Betriebsräte fand, zeigt, daß die Berliner Eisenbahner noch immer hinter ihm stehen und nicht hinter den anglo-schlotternden Diätären ihres Hauptverbandes.

## Generalversammlung des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlins

Die Verhandlungen mit der Gewerkschaftskommission Berlin-Umgebung sind abgeschlossen. Mit 78 gegen 51 Stimmen hat die Berliner Gewerkschaftskommission eine Resolution angenommen, die die Eingabe der Betriebsräte nur in die Gewerkschaft versetzt und jede selbständige, revolutionäre Bestätigung und Entlassung der Betriebsräte unmöglich macht. Wir lassen nunmehr die Generalversammlung der Betriebsräte über das Schicksal der Betriebsräte entscheiden.

Die Generalversammlung findet statt am Montag, den 5. Juli 1920, nachmittags 6 Uhr, in den Andreastr. 21. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Verhandlungsergebnis. 2. Aufbau der Kalkulationsorganisation und der Zentrale.

Wir bitten die Delegierten, die noch nicht im Besitz ihrer Delegiertenkarte sind, da ihre genaue Adresse nicht angegeben ist, diese sofort im Büro der Zentrale, Mühlentstraße 24, oder am Eingang des Saales in Empfang zu nehmen.

Zentrale der Betriebsräte.

## Der Wilmersdorfer Magistrat sabotiert das Betriebsrätegesetz

Skandalöse Zustände herrschen seit einiger Zeit beim Magistrat Berlin-Wilmersdorf im Verkehr mit dem Betriebsrat.

Das Betriebsrätegesetz wird nicht nur ignoriert, sondern in größtmöglicher Weise sabotiert.

Das Personaldezernat wird als nebensächlich vom Stadtkämmerer Rohde geleitet, der für diesen Posten aber infolge gänzlichen Mangels an dem gerade in der jetzigen schweren Zeit dringend nötigen logischen Verständnis und eigener Entschlußfähigkeit am ungeeignetsten scheint.

Verfügungen über Arbeitsordnungen usw. werden vom Personaldezernat im Einverständnis mit Stadtschreiber Paproth geregelt und alsdann erst dem Betriebsrat allgeruhigst zur Kenntnis überlassen. Außerhalb der getroffenen Vereinbarungen werden seitens des Magistrats Arbeitsverträge aufgestellt und abgeschlossen, ohne daß der Betriebsrat irgend überhaupt Kenntnis erhält. Kündigungen werden im Einverständnis mit dem Betriebsrat ausgesprochen, nachdem der Magistrat ebenfalls die Kündigungen beschlossen hat, werden diese Beschlüsse ganz willkürlich aufgehoben, je nach dem Fall, um den es sich gerade handelt.

Die Unterstützung des Betriebsrats zur Leistung produktiver Arbeit wird vom Magistrat nicht im geringsten beachtet und infolgedessen zum Schaden der Allgemeinheit weiter gewarnt.

Vorlagen, Anträge und Proteste, die der Betriebsrat schon verschiedentlich an den Magistrat richtete, wurden vom Kämmerer Rohde ganz nach seinem eigenen Belieben überhaupt nicht oder aber mit recht harter Berührung vorgelegt. Durch diese dauernden Wiederholungen sieht sich die Arbeiter- und Angestelltenbewegung des Magistrats Berlin-Wilmersdorf provoziert. Degressiverweise kann bei dieser Art der Auslegung des Betriebsrätegesetzes nicht mehr ruhig und rücksichtslos wie bisher stehen und hat die am 1. Juli d. J. abgehaltene gemeinsame Betriebsversammlung aller nicht händig Angestellten und Arbeiter des Magistrats Berlin-Wilmersdorf den Bericht über die hauptsächlichsten Vorgänge der letzten Zeit mit größter Ent-

schiedenheit einstimmig eine Resolution an, in welcher sie erklärt, daß sie voll und ganz hinter den berechtigten Forderungen des Betriebsrats steht und fordert, daß der Magistrat einmal im Einverständnis mit dem Betriebsrat gefasste und zur Geltung gebrachte Beschlüsse aufrechterhält und das Betriebsrätegesetz respektiert, daß an Stelle des bisherigen Personaldezernats Herrn Kämmerer Rohde eine Persönlichkeit gestellt wird, welche in der Lage ist, nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen Hand in Hand mit dem Betriebsrat arbeiten zu können.

## Achtung! Gastwirtsgehilfen! Das Restaurant Schmetzerlinghorst am Langen See bei Köpenick! Wegen Nichtinhaltung des Tarifvertrages für organisierte Gastwirtsgehilfen gesperrt. Johannes Büttner weigert sich, den Arbeitsnachweis anzuerkennen sowie die tariflichen Löhne zu zahlen. Verband der Gastwirtsgehilfen, Verwaltungsstelle Groß-Berlin. J. A. Schröder, Vorsitzender.

Zentralverband der Fleischer. Nach langen Bemühungen und Verzögerungen aller Art ist es gelungen, die im April eingeleitete Lohnbewegung zum Abschluß zu bringen. Der Lohn beträgt nach dem Tarif ab 24. Juni 4,25 M. pro Stunde für Gesellen im ersten Jahre nach der Lehrzeit, 5 M. für Gesellen ohne Verantwortung, und 5,50 M. für Gesellen in verantwortlicher Stellung. Für Anstellungsverträge muß 10 Prozent Aufschlag gezahlt werden. Die übrigen Bestimmungen des Tarifes sind, mit kleinen Änderungen, geblieben wie bisher.

## Aus den Organisationen

1. Bezirk, 3. Abteilung, Bezirksleiter und Kommissionsmitglieder, Sitzung, Montag 1/8 Uhr bei Graf, Bechler, 3.

4. Bezirk, Montag, 1/8 Uhr, politische Kommission in der Schulaula, Reichsberger Straße 44/45.

4. Bezirk, Dienstag, abends 7 Uhr, Generalversammlung im Großen Saal des Gewerkschaftshauses. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Bericht der Kommission. 3. Die Jugendfrage. 4. Berichterstattung von der Verbandsgeneralversammlung. 5. Beschlüsse. 6. Beschlüsse. 7. Beschlüsse. 8. Beschlüsse. 9. Beschlüsse. 10. Beschlüsse. 11. Beschlüsse. 12. Beschlüsse. 13. Beschlüsse. 14. Beschlüsse. 15. Beschlüsse. 16. Beschlüsse. 17. Beschlüsse. 18. Beschlüsse. 19. Beschlüsse. 20. Beschlüsse. 21. Beschlüsse. 22. Beschlüsse. 23. Beschlüsse. 24. Beschlüsse. 25. Beschlüsse. 26. Beschlüsse. 27. Beschlüsse. 28. Beschlüsse. 29. Beschlüsse. 30. Beschlüsse. 31. Beschlüsse. 32. Beschlüsse. 33. Beschlüsse. 34. Beschlüsse. 35. Beschlüsse. 36. Beschlüsse. 37. Beschlüsse. 38. Beschlüsse. 39. Beschlüsse. 40. Beschlüsse. 41. Beschlüsse. 42. Beschlüsse. 43. Beschlüsse. 44. Beschlüsse. 45. Beschlüsse. 46. Beschlüsse. 47. Beschlüsse. 48. Beschlüsse. 49. Beschlüsse. 50. Beschlüsse. 51. Beschlüsse. 52. Beschlüsse. 53. Beschlüsse. 54. Beschlüsse. 55. Beschlüsse. 56. Beschlüsse. 57. Beschlüsse. 58. Beschlüsse. 59. Beschlüsse. 60. Beschlüsse. 61. Beschlüsse. 62. Beschlüsse. 63. Beschlüsse. 64. Beschlüsse. 65. Beschlüsse. 66. Beschlüsse. 67. Beschlüsse. 68. Beschlüsse. 69. Beschlüsse. 70. Beschlüsse. 71. Beschlüsse. 72. Beschlüsse. 73. Beschlüsse. 74. Beschlüsse. 75. Beschlüsse. 76. Beschlüsse. 77. Beschlüsse. 78. Beschlüsse. 79. Beschlüsse. 80. Beschlüsse. 81. Beschlüsse. 82. Beschlüsse. 83. Beschlüsse. 84. Beschlüsse. 85. Beschlüsse. 86. Beschlüsse. 87. Beschlüsse. 88. Beschlüsse. 89. Beschlüsse. 90. Beschlüsse. 91. Beschlüsse. 92. Beschlüsse. 93. Beschlüsse. 94. Beschlüsse. 95. Beschlüsse. 96. Beschlüsse. 97. Beschlüsse. 98. Beschlüsse. 99. Beschlüsse. 100. Beschlüsse. 101. Beschlüsse. 102. Beschlüsse. 103. Beschlüsse. 104. Beschlüsse. 105. Beschlüsse. 106. Beschlüsse. 107. Beschlüsse. 108. Beschlüsse. 109. Beschlüsse. 110. Beschlüsse. 111. Beschlüsse. 112. Beschlüsse. 113. Beschlüsse. 114. Beschlüsse. 115. Beschlüsse. 116. Beschlüsse. 117. Beschlüsse. 118. Beschlüsse. 119. Beschlüsse. 120. Beschlüsse. 121. Beschlüsse. 122. Beschlüsse. 123. Beschlüsse. 124. Beschlüsse. 125. Beschlüsse. 126. Beschlüsse. 127. Beschlüsse. 128. Beschlüsse. 129. Beschlüsse. 130. Beschlüsse. 131. Beschlüsse. 132. Beschlüsse. 133. Beschlüsse. 134. Beschlüsse. 135. Beschlüsse. 136. Beschlüsse. 137. Beschlüsse. 138. Beschlüsse. 139. Beschlüsse. 140. Beschlüsse. 141. Beschlüsse. 142. Beschlüsse. 143. Beschlüsse. 144. Beschlüsse. 145. Beschlüsse. 146. Beschlüsse. 147. Beschlüsse. 148. Beschlüsse. 149. Beschlüsse. 150. Beschlüsse. 151. Beschlüsse. 152. Beschlüsse. 153. Beschlüsse. 154. Beschlüsse. 155. Beschlüsse. 156. Beschlüsse. 157. Beschlüsse. 158. Beschlüsse. 159. Beschlüsse. 160. Beschlüsse. 161. Beschlüsse. 162. Beschlüsse. 163. Beschlüsse. 164. Beschlüsse. 165. Beschlüsse. 166. Beschlüsse. 167. Beschlüsse. 168. Beschlüsse. 169. Beschlüsse. 170. Beschlüsse. 171. Beschlüsse. 172. Beschlüsse. 173. Beschlüsse. 174. Beschlüsse. 175. Beschlüsse. 176. Beschlüsse. 177. Beschlüsse. 178. Beschlüsse. 179. Beschlüsse. 180. Beschlüsse. 181. Beschlüsse. 182. Beschlüsse. 183. Beschlüsse. 184. Beschlüsse. 185. Beschlüsse. 186. Beschlüsse. 187. Beschlüsse. 188. Beschlüsse. 189. Beschlüsse. 190. Beschlüsse. 191. Beschlüsse. 192. Beschlüsse. 193. Beschlüsse. 194. Beschlüsse. 195. Beschlüsse. 196. Beschlüsse. 197. Beschlüsse. 198. Beschlüsse. 199. Beschlüsse. 200. Beschlüsse. 201. Beschlüsse. 202. Beschlüsse. 203. Beschlüsse. 204. Beschlüsse. 205. Beschlüsse. 206. Beschlüsse. 207. Beschlüsse. 208. Beschlüsse. 209. Beschlüsse. 210. Beschlüsse. 211. Beschlüsse. 212. Beschlüsse. 213. Beschlüsse. 214. Beschlüsse. 215. Beschlüsse. 216. Beschlüsse. 217. Beschlüsse. 218. Beschlüsse. 219. Beschlüsse. 220. Beschlüsse. 221. Beschlüsse. 222. Beschlüsse. 223. Beschlüsse. 224. Beschlüsse. 225. Beschlüsse. 226. Beschlüsse. 227. Beschlüsse. 228. Beschlüsse. 229. Beschlüsse. 230. Beschlüsse. 231. Beschlüsse. 232. Beschlüsse. 233. Beschlüsse. 234. Beschlüsse. 235. Beschlüsse. 236. Beschlüsse. 237. Beschlüsse. 238. Beschlüsse. 239. Beschlüsse. 240. Beschlüsse. 241. Beschlüsse. 242. Beschlüsse. 243. Beschlüsse. 244. Beschlüsse. 245. Beschlüsse. 246. Beschlüsse. 247. Beschlüsse. 248. Beschlüsse. 249. Beschlüsse. 250. Beschlüsse. 251. Beschlüsse. 252. Beschlüsse. 253. Beschlüsse. 254. Beschlüsse. 255. Beschlüsse. 256. Beschlüsse. 257. Beschlüsse. 258. Beschlüsse. 259. Beschlüsse. 260. Beschlüsse. 261. Beschlüsse. 262. Beschlüsse. 263. Beschlüsse. 264. Beschlüsse. 265. Beschlüsse. 266. Beschlüsse. 267. Beschlüsse. 268. Beschlüsse. 269. Beschlüsse. 270. Beschlüsse. 271. Beschlüsse. 272. Beschlüsse. 273. Beschlüsse. 274. Beschlüsse. 275. Beschlüsse. 276. Beschlüsse. 277. Beschlüsse. 278. Beschlüsse. 279. Beschlüsse. 280. Beschlüsse. 281. Beschlüsse. 282. Beschlüsse. 283. Beschlüsse. 284. Beschlüsse. 285. Beschlüsse. 286. Beschlüsse. 287. Beschlüsse. 288. Beschlüsse. 289. Beschlüsse. 290. Beschlüsse. 291. Beschlüsse. 292. Beschlüsse. 293. Beschlüsse. 294. Beschlüsse. 295. Beschlüsse. 296. Beschlüsse. 297. Beschlüsse. 298. Beschlüsse. 299. Beschlüsse. 300. Beschlüsse. 301. Beschlüsse. 302. Beschlüsse. 303. Beschlüsse. 304. Beschlüsse. 305. Beschlüsse. 306. Beschlüsse. 307. Beschlüsse. 308. Beschlüsse. 309. Beschlüsse. 310. Beschlüsse. 311. Beschlüsse. 312. Beschlüsse. 313. Beschlüsse. 314. Beschlüsse. 315. Beschlüsse. 316. Beschlüsse. 317. Beschlüsse. 318. Beschlüsse. 319. Beschlüsse. 320. Beschlüsse. 321. Beschlüsse. 322. Beschlüsse. 323. Beschlüsse. 324. Beschlüsse. 325. Beschlüsse. 326. Beschlüsse. 327. Beschlüsse. 328. Beschlüsse. 329. Beschlüsse. 330. Beschlüsse. 331. Beschlüsse. 332. Beschlüsse. 333. Beschlüsse. 334. Beschlüsse. 335. Beschlüsse. 336. Beschlüsse. 337. Beschlüsse. 338. Beschlüsse. 339. Beschlüsse. 340. Beschlüsse. 341. Beschlüsse. 342. Beschlüsse. 343. Beschlüsse. 344. Beschlüsse. 345. Beschlüsse. 346. Beschlüsse. 347. Beschlüsse. 348. Beschlüsse. 349. Beschlüsse. 350. Beschlüsse. 351. Beschlüsse. 352. Beschlüsse. 353. Beschlüsse. 354. Beschlüsse. 355. Beschlüsse. 356. Beschlüsse. 357. Beschlüsse. 358. Beschlüsse. 359. Beschlüsse. 360. Beschlüsse. 361. Beschlüsse. 362. Beschlüsse. 363. Beschlüsse. 364. Beschlüsse. 365. Beschlüsse. 366. Beschlüsse. 367. Beschlüsse. 368. Beschlüsse. 369. Beschlüsse. 370. Beschlüsse. 371. Beschlüsse. 372. Beschlüsse. 373. Beschlüsse. 374. Beschlüsse. 375. Beschlüsse. 376. Beschlüsse. 377. Beschlüsse. 378. Beschlüsse. 379. Beschlüsse. 380. Beschlüsse. 381. Beschlüsse. 382. Beschlüsse. 383. Beschlüsse. 384. Beschlüsse. 385. Beschlüsse. 386. Beschlüsse. 387. Beschlüsse. 388. Beschlüsse. 389. Beschlüsse. 390. Beschlüsse. 391. Beschlüsse. 392. Beschlüsse. 393. Beschlüsse. 394. Beschlüsse. 395. Beschlüsse. 396. Beschlüsse. 397. Beschlüsse. 398. Beschlüsse. 399. Beschlüsse. 400. Beschlüsse. 401. Beschlüsse. 402. Beschlüsse. 403. Beschlüsse. 404. Beschlüsse. 405. Beschlüsse. 406. Beschlüsse. 407. Beschlüsse. 408. Beschlüsse. 409. Beschlüsse. 410. Beschlüsse. 411. Beschlüsse. 412. Beschlüsse. 413. Beschlüsse. 414. Beschlüsse. 415. Beschlüsse. 416. Beschlüsse. 417. Beschlüsse. 418. Beschlüsse. 419. Beschlüsse. 420. Beschlüsse. 421. Beschlüsse. 422. Beschlüsse. 423. Beschlüsse. 424. Beschlüsse. 425. Beschlüsse. 426. Beschlüsse. 427. Beschlüsse. 428. Beschlüsse. 429. Beschlüsse. 430. Beschlüsse. 431. Beschlüsse. 432. Beschlüsse. 433. Beschlüsse. 434. Beschlüsse. 435. Beschlüsse. 436. Beschlüsse. 437. Beschlüsse. 438. Beschlüsse. 439. Beschlüsse. 440. Beschlüsse. 441. Beschlüsse. 442. Beschlüsse. 443. Beschlüsse. 444. Beschlüsse. 445. Beschlüsse. 446. Beschlüsse. 447. Beschlüsse. 448. Beschlüsse. 449. Beschlüsse. 450. Beschlüsse. 451. Beschlüsse. 452. Beschlüsse. 453. Beschlüsse. 454. Beschlüsse. 455. Beschlüsse. 456. Beschlüsse. 457. Beschlüsse. 458. Beschlüsse. 459. Beschlüsse. 460. Beschlüsse. 461. Beschlüsse. 462. Beschlüsse. 463. Beschlüsse. 464. Beschlüsse. 465. Beschlüsse. 466. Beschlüsse. 467. Beschlüsse. 468. Beschlüsse. 469. Beschlüsse. 470. Beschlüsse. 471. Beschlüsse. 472. Beschlüsse. 473. Beschlüsse. 474. Beschlüsse. 475. Beschlüsse. 476. Beschlüsse. 477. Beschlüsse. 478. Beschlüsse. 479. Beschlüsse. 480. Beschlüsse. 481. Beschlüsse. 482. Beschlüsse. 483. Beschlüsse. 484. Beschlüsse. 485. Beschlüsse. 486. Beschlüsse. 487. Beschlüsse. 488. Beschlüsse. 489. Beschlüsse. 490. Beschlüsse. 491. Beschlüsse. 492. Beschlüsse. 493. Beschlüsse. 494. Beschlüsse. 495. Beschlüsse. 496. Beschlüsse. 497. Beschlüsse. 498. Beschlüsse. 499. Beschlüsse. 500. Beschlüsse. 501. Beschlüsse. 502. Beschlüsse. 503. Beschlüsse. 504. Beschlüsse. 505. Beschlüsse. 506. Beschlüsse. 507. Beschlüsse. 508. Beschlüsse. 509. Beschlüsse. 510. Beschlüsse. 511. Beschlüsse. 512. Beschlüsse. 513. Beschlüsse. 514. Beschlüsse. 515. Beschlüsse. 516. Beschlüsse. 517. Beschlüsse. 518. Beschlüsse. 519. Beschlüsse. 520. Beschlüsse. 521. Beschlüsse. 522. Beschlüsse. 523. Beschlüsse. 524. Beschlüsse. 525. Beschlüsse. 526. Beschlüsse. 527. Beschlüsse. 528. Beschlüsse. 529. Beschlüsse. 530. Beschlüsse. 531. Beschlüsse. 532. Beschlüsse. 533. Beschlüsse. 534. Beschlüsse. 535. Beschlüsse. 536. Beschlüsse. 537. Beschlüsse. 538. Beschlüsse. 539. Beschlüsse. 540. Beschlüsse. 541. Beschlüsse. 542. Beschlüsse. 543. Beschlüsse. 544. Beschlüsse. 545. Beschlüsse. 546. Beschlüsse. 547. Beschlüsse. 548. Beschlüsse. 549. Beschlüsse. 550. Beschlüsse. 551. Beschlüsse. 552. Beschlüsse. 553. Beschlüsse. 554. Beschlüsse. 555. Beschlüsse. 556. Beschlüsse. 557. Beschlüsse. 558. Beschlüsse. 559. Beschlüsse. 560. Beschlüsse. 561. Beschlüsse. 562. Beschlüsse. 563. Beschlüsse. 564. Beschlüsse. 565. Beschlüsse. 566. Beschlüsse. 567. Beschlüsse. 568. Beschlüsse. 569. Beschlüsse. 570. Beschlüsse. 571. Beschlüsse. 572. Beschlüsse. 573. Beschlüsse. 574. Beschlüsse. 575. Beschlüsse. 576. Beschlüsse. 577. Beschlüsse. 578. Beschlüsse. 579. Beschlüsse. 580. Beschlüsse. 581. Beschlüsse. 582. Beschlüsse. 583. Beschlüsse. 584. Beschlüsse. 585. Beschlüsse. 586. Beschlüsse. 587. Beschlüsse. 588. Beschlüsse. 589. Beschlüsse. 590. Beschlüsse. 591. Beschlüsse. 592. Beschlüsse. 593. Beschlüsse. 594. Beschlüsse. 595. Beschlüsse. 596. Beschlüsse. 597. Beschlüsse. 598. Beschlüsse. 599. Beschlüsse. 600. Beschlüsse. 601. Beschlüsse. 602. Beschlüsse. 603. Beschlüsse. 604. Beschlüsse. 605. Beschlüsse. 606. Beschlüsse. 607. Beschlüsse. 608. Beschlüsse. 609. Beschlüsse. 610. Beschlüsse. 611. Beschlüsse. 612. Beschlüsse. 613. Beschlüsse. 614. Beschlüsse. 615. Beschlüsse. 616. Beschlüsse. 617. Beschlüsse. 618. Beschlüsse. 619. Beschlüsse. 620. Beschlüsse. 621. Beschlüsse. 622. Beschlüsse. 623. Beschlüsse. 624. Beschlüsse. 625. Beschlüsse. 626. Beschlüsse. 627. Beschlüsse. 628. Beschlüsse. 629. Beschlüsse. 630. Beschlüsse. 631. Beschlüsse. 632. Beschlüsse. 633. Beschlüsse. 634. Beschlüsse. 635. Beschlüsse. 636. Beschlüsse. 637. Beschlüsse. 638. Beschlüsse. 639. Beschlüsse. 640. Beschlüsse. 641. Beschlüsse. 642. Beschlüsse. 643. Beschlüsse. 644. Beschlüsse. 645. Beschlüsse. 646. Beschlüsse. 647. Beschlüsse. 648. Beschlüsse. 649. Beschlüsse. 650. Beschlüsse. 651. Beschlüsse. 652. Beschlüsse. 653. Beschlüsse. 654. Beschlüsse. 655. Beschlüsse. 656. Beschlüsse. 657. Beschlüsse. 658. Beschlüsse. 659. Beschlüsse. 660. Beschlüsse. 661. Beschlüsse. 662. Beschlüsse. 663. Beschlüsse. 664. Beschlüsse. 665. Beschlüsse. 666. Beschlüsse. 667. Beschlüsse. 668. Beschlüsse. 669. Beschlüsse. 670. Beschlüsse. 671. Beschlüsse. 672. Beschlüsse. 673. Beschlüsse. 674. Beschlüsse. 675. Beschlüsse. 676. Beschlüsse. 677. Beschlüsse. 678. Beschlüsse. 679. Beschlüsse. 680. Beschlüsse. 681. Beschlüsse. 682. Beschlüsse. 683. Beschlüsse. 684. Beschlüsse. 685. Beschlüsse. 686. Beschlüsse. 687. Beschlüsse. 688. Beschlüsse. 689. Beschlüsse. 690. Beschlüsse. 691. Beschlüsse. 692. Beschlüsse. 693. Beschlüsse. 694. Beschlüsse. 695. Beschlüsse. 696. Beschlüsse. 697. Beschlüsse. 698. Beschlüsse. 699. Beschlüsse. 700. Beschlüsse. 701. Beschlüsse. 702. Beschlüsse. 703. Beschlüsse. 704. Beschlüsse. 705. Beschlüsse. 706. Beschlüsse. 707. Beschlüsse. 708. Beschlüsse. 709. Beschlüsse. 710. Beschlüsse. 711. Beschlüsse. 712. Beschlüsse. 713. Beschlüsse. 714. Beschlüsse. 715. Beschlüsse. 716. Beschlüsse. 717. Beschlüsse. 718. Beschlüsse. 719. Beschlüsse. 720. Beschlüsse. 721. Beschlüsse. 722. Beschlüsse. 723. Beschlüsse. 724. Beschlüsse. 725. Beschlüsse. 726. Beschlüsse. 727. Beschlüsse. 728. Beschlüsse. 729. Beschlüsse. 730. Beschlüsse. 731. Beschlüsse. 732. Beschlüsse. 733. Beschlüsse. 734. Beschlüsse. 735. Beschlüsse. 736. Beschlüsse. 737. Beschlüsse. 738. Beschlüsse. 739. Beschlüsse. 740. Beschlüsse. 741. Beschlüsse. 742. Beschlüsse. 743. Beschlüsse. 744. Beschlüsse. 745. Beschlüsse. 746. Beschlüsse. 747. Beschlüsse. 748. Beschlüsse. 749. Beschlüsse. 750. Beschlüsse. 751. Beschlüsse. 752. Beschlüsse. 753. Beschlüsse. 754. Beschlüsse. 755. Beschlüsse. 756. Beschlüsse. 757. Beschlüsse. 758. Beschlüsse. 759. Beschlüsse. 760. Beschlüsse. 761. Beschlüsse. 762. Beschlüsse. 763. Beschlüsse. 764. Beschlüsse. 765. Beschlüsse. 766. Beschlüsse. 767. Beschlüsse. 768. Beschlüsse. 769. Beschlüsse. 770. Beschlüsse. 771. Beschlüsse. 772. Beschlüsse. 773. Beschlüsse. 774. Beschlüsse. 775. Beschlüsse. 776. Beschlüsse. 777. Beschlüsse. 778. Beschlüsse. 779. Beschlüsse. 780. Beschlüsse. 781. Beschlüsse. 782. Beschlüsse. 783. Beschlüsse. 784. Beschlüsse. 785. Beschlüsse. 786. Beschlüsse. 787. Beschlüsse. 788. Beschlüsse. 789. Beschlüsse. 790. Beschlüsse. 791. Beschlüsse.



# Groß-Berlin

## Weitere Mieterhöhung in Groß-Berlin

Der Verbandsausschuss des Wohnungsverbandes Groß-Berlin hat gestern beschlossen, die in der Verordnung des Wohnungsverbandes vom 14. April d. J. festgesetzte Höchstgrenze für Mieterhöhungen um 10 Prozent der Friedensmiete zu erhöhen, so daß sich für Wohnungen der zulässige Höchstzuschlag von 20 auf 30 Prozent erhöht. Die Ergänzungsverordnung des Wohnungsverbandes bedarf zu ihrer Gültigkeit noch der Genehmigung des Oberpräsidenten als Kommunalaufsichtsbehörde. Diese Genehmigung ist bereits nachgeliefert. Tausende Verträge werden durch die Nachtragsverordnung des Wohnungsverbandes nicht berührt.

Wenn der Oberpräsident diesmal seine Zustimmung zu der Erhöhung geben sollte, dann wäre das ein Erfolg der Hausbesitzer, die fortgesetzt gegen die Verordnung des Wohlfahrtsministers die Sturm gelaufen sind. Mit diesem einen Erfolg werden sie, wie wir sie kennen, durchaus nicht zufrieden sein, sondern solange gegen die Festsetzung einer Höchstgrenze anzuregen, bis sie fallen gelassen wird. Doch wir warnen die Behörden, dieser Agitation Gehör zu schenken; die Mieter werden es sich nicht gefallen lassen, daß sie der Willkür der Hausagrier überantwortet werden.

Gegen den Mißbrauch mit dem „außergewöhnlich niedrigem Mietzins“. Eine allgemeine Heraushebung des Mietzinses wird von den Hausbesitzervereinen vielfach dadurch zu erreichen versucht, daß der maßgebende Mietzins vom 1. Juli 1914 für „außergewöhnlich niedrig“ erklärt werden soll. Der Minister für Volkswohlfahrt weiß deshalb darauf hin, daß dies nur für Ausnahmefälle gelten soll, um Härten zu vermeiden. In den Entscheidungsgründen des Mieteinigungsamtes muß das Vorliegen eines außergewöhnlich niedrigen Mietzinses am 1. Juli 1914 näher erläutert werden. Wenn diese Ausnahme allmählich zur Regel läutert würde, würde eine Unklarheit über die tatsächliche Höhe der Mietszuschläge herbeigeführt. Die Einigungsämter dürfen auch nicht die Zuschläge für die Reparaturen allgemein anwenden, die für den einzelnen Fall gegebenen Voraussetzungen zu ohne die für den einzelnen Fall gegebenen Voraussetzungen zu beachten. Sämtliche Regierungspräsidenten und der Oberpräsident in Charlottenburg werden ersucht, hiergegen von kommunal- aufsichtswegen einzuschreiten oder die zuständigen Aufsichtsbehörden einzuschreiten zu lassen. Es ist darauf zu halten, daß die Einigungsämter die Vorschriften der Höchstmietenanordnung durchzuführen.

## Kleine Mittel zur Hebung der Wohnungsnot

Die Wohnungsnot in Berlin ist erheblich groß; die Mittel, ihr zu begegnen, sind um so kleiner. Mangel an Baumaterialien ist nicht mehr vorhanden, wohl aber fehlt Geld. Der Wohnungsbau im Großen verschlingt enorme Summen. Die Privatinitiative hat Bankrott gemacht. Die Wohnungsfrage ist schon längst eine öffentliche Angelegenheit. Die Wohnungsbedürftigen, die gestern zusammen- trat, sucht nach kleinen Mitteln und Mitteln, um kleine Änderungen zu bringen von dem Standpunkt aus: Kleine Wägen helfen. Wohnblöcke sollen mit Aufschüssen ausgebaut werden. Man hofft innerhalb kurzer Frist 6000 Wohnblöcke anbauen zu können mit Darlehen von 5000 Mark. Bedingung ist Aufgabe der bisherigen Wohnung. Dann sollen 2000 Dachwohnungen ausgebaut werden für die im einzelnen 15000 Mark, insgesamt 30 Millionen Mark bereitstellen.

In Aussicht genommen ist eine Verfügung, wonach die Inhaber großer in Wohnräumen untergebrachter Büroräume gehalten sein sollen, neben der überall vorhandenen Küche — zumeist für Gerümpel benutzt — einen Wohnraum hergeben sollen. Es würde Sorge getragen, daß in diese Räume nur bestimmt zuverlässige Mieter einziehen. Selbst auf die Wäschkästen ist es abgesehen. Auch diese sollen für Wohnzwecke freigegeben werden. Die Wäschkästen dagegen soll auf Boden- oder in Kellerräumen Unterkunft finden. Alles Verwirklichungsmaßnahmen, die nur aus der Not der Zeit verständlich sind.

## Gegen den Steuerabzug

Der durch Gesetz festgelegte zehnprozentige Steuerabzug hat in den Betrieben gewaltige Aufregung und Unwillen hervorgerufen. Bei der jetzigen wirtschaftlichen Lage der Arbeiter ist es ihnen einfach unmöglich, den Lohnausfall, den der Steuerabzug bedingt, zu tragen. Die Belegschaften der maßgebenden Firmen der Metallindustrie Groß-Berlins haben gemeinsam mit ihren Betriebsräten durch Verhandlungen die Betriebsleitungen veranlaßt, zur Aufrechterhaltung ihrer Existenzmöglichkeit ihnen Vor- schläge in Höhe des abgezogenen Steuerbetrags zu geben. Wenn es auf parlamentarischem Wege in den nächsten Tagen nicht möglich ist, durch Aufhebung dieser Bestimmung die Groß-Berliner Arbeiterschaft zu beruhigen, so stehen die ernstesten wirtschaftlichen Komplikationen bevor.

Von den vielen Anträgen und Resolutionen, die bei uns eingelaufen sind, soll nur nachstehende veröffentlicht werden, weil dort die Belegschaft zur Durchsetzung ihrer Forderung zur Arbeitstrube greift.

Die Belegschaft der Firma Hartung Akt.-Ges., Berlin-Lichtenberg, protestiert ganz energisch gegen den ungeredeten Abzug der Steuern. — Sie gibt ihrer Entrüstung dadurch Ausdruck, indem sie heute am 2. Juli 1920 die Arbeit ruhen ließ, bis die Verhandlung mit der Direktion aufgenommen wurde. — Die Belegschaft verlangt, daß die Gewerkschaften auf die Regierung dahin einwirken, daß auf dem schnellsten Wege der ungeredete Steuerabzug abgehehrt wird.

Die Belegschaft der Firma Hartung Akt.-Ges. appelliert an das Solidarietätsgefühl sämtlicher Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands, um mit diesen anzukämpfen.

## Die Fahne schwarz-weiß-rot

Am Donnerstag sollten die ersten Abstimmungsätze der heimstreuen Östpreußen vom Stettiner Bahnhof. Diese Tatsache gab einigen Leuten, die den alten nationalistischen Sinn noch nicht aufgegeben haben, wieder einmal Gelegenheit, die Fahne des alten kaiserlichen Deutschlands zu heben. Ein Eisenbahn- arbeiter teilt uns nun folgendes Erlebnis mit: „Den Eisenbahn- arbeiter war dies selbstverständlich nicht recht, sie war ihnen wohl aus der Zeit des geschehenen Weltkriegs bekannt, aber nicht in der deutschen Republik. Ich erhielt darum von meinen Kollegen den Auftrag, festzustellen, wer die Fahne geflaggt habe und Sorge dafür zu tragen, daß sie vom Eisenbahnkörper, der doch ein Staatsbetrieb ist, entfernt werde. Es war jedoch nicht nur die schwarz-weiß-rote Fahne geflaggt worden, man hörte auch vaterländische Lieder spielen. z. B.: Ich bin ein Preuße; Ich hab' mich ergeben; Deutschland, Deutschland über alles. Das Spielen dieses letzten Liedes gab mir am meisten zu bedenken. So oft nämlich die Arbeiter mit einer Lohnforderung kommen, hört man vom Herrn Finanzminister: Deutschland hat kein Geld, Deutschland ist wirtschaftlich ruiniert, mit einem Wort: Deutsch- land ist im Dassel. Aber aus sämtlichen Botschaften hörte man gestern wieder Deutschland, Deutschland über alles. Wenn Deutschland tatsächlich noch „über alles“ ist, sollte man doch den Eisenbahnern sozial Lohn geben, daß sie zum mindesten ihre Lebensmittel, die auf die Karten zu haben sind, kaufen könnten. Doch das nur nebenbei.“

Um also zu erfahren, wer die schwarz-weiß-rote Fahne geflaggt hat, ging ich zum Eisenbahnpräsidenten Wulf, den ich nach längerem Suchen bei den Abstimmungsätzen fand. Ich trug dem Herren den Wunsch meiner Arbeitkollegen vor, die schwarz-weiß- rote Fahne vom Bahnkörper zu entfernen, da es unvereinbar sei, daß auf einem republikanischen Staatsbetrieb die Kaiserfahne geflaggt werde. Auf meinen Protest beim Eisenbahnpräsidenten Wulf wegen der schwarz-weiß-roten Fahne erklärte dieser, daß er bis zur Abfahrt des Zuges zu einer Unterredung keine Zeit habe.

Nach dem Verlassen des Eisenbahnpräsidenten Wulf wurde ich von einer Reihe der Herren, die zum Komitee gehören, umringt und in der gefährlichsten Weise wegen meiner angeblich sparta- nischen Gesinnung bedroht. Man erklärte, daß man mich unter den fahrenden Zug werfen werde. Nach dem Abfahren des Zuges trat ein Kriminalbeamter auf mich zu, erklärte mich für ver- haftet und führte mich ab, wobei er nichts unternahm, um mich gegen die deutschen nationalen Rohlinge zu schützen, die mich auf dem Wege zur Wache in der gemeinsten Weise miß- handelten. (Besonders hervorzuheben hat sich bei den Be- schimpfungen und Belästigungen ein russisch-französischer Dol- metcher Max Martens, Berlin N. 39, Panstraße 81.) Diese Sorte Menschen ziehen also aus, um für das Deutschland einzutreten. Sie sind aber die letzten, die dem deutschen Namen in der Welt Achtung verschaffen können.

## Ferienstadien in Berlin

In der Zeit vom 5. Juli bis 7. August werden auf den Außen- spielplätzen Berlins, und zwar im Grunewald, Zehlendorf, Blanken- felder 1 und 2, Bartenberg, Hohenschönhausen (Sommerstraße), im Plänterwald (Tropfen) und in der Wuhlheide wertvolle Ferien- spiele für die Gemeindefamilien abgehalten. Sammel- punkte zur Himmlsberührung der Kinder sind folgende Spielhöfe:

1. Für Grunewald: Bremer Str. 13/14, Turmstr. 75, Begeh- wasserstr. 26, Alt-Roadit 83, Dreißigerstr. 18a, Culmsstr. 12, Tempel- hofer Ufer 20.
2. Für Zehlendorf: Albrechtstr. 20, Stophausstr. 2, Ostender Str. 39, Müllerstr. 48, Schönhafer.
3. Für Bucht: Kesseler 3/4, Gartenstr. 107a, Baitbusenstr. 8, Schürer 99/100, Panzer 20/22, Müllerstr. 158/159, Prinzenallee 8.
4. Für Blankenfelde 1: Kesselstr. 31, Brenzlauer Allee 227, Pöhlstr. 5, Senefelderstr. 6, Grefenbägener Str. 20.
5. Für Blankenfelde 2: Gipsstr. 23a, Straßburger Str. 54, Christiania-Str. 36, Sonnenburger Str. 20, Oberberger Str. 57.
6. Für Bartenberg: Nemeler Str. 21, Gr. Frankfurter Str. 23, Friedenstr. 31, Olmstr. 19, Stragmannstr. 6, Petersburger Str. 4.
7. Für Hohenschönhausen: Hausburgstr., Jellstr. 12, Pletten- koferstr. 20.
8. Für Plänterwald: Gneiffenaustr. 7, Dlesendbachstr. 60, Wilhelmstr. 10, Alte Jakobstr. 127, Brieger Str. 17, Reichenderger Straße 131, Gdlicher Str. 51.
9. Für Wuhlheide: Epenider Str. 128, Mariannufer 1a, Gedenker Str. 2, Gohlerstr. 61, Langestr. 76, Marusstr. 49, Niederwallstr. 6/7.

Die an den Ferienspielen teilnehmenden Kinder haben sich an den Spielplätzen bis spätestens 7 1/2 Uhr vormittags auf einem der vorstehend angeführten Sammelhöfe einzufinden. Jedes Kind hat 50 Pfg. als Beitrag zur Fahrt nach dem Außenplatz und die nötige Zehrung mitzubringen. Jedes 2. Kind derselben Familie zahlt die Hälfte, jedes 3. und 4. Kind ist frei. Außerdem werden in der Zeit vom 5. Juli bis 7. August d. J. werktäglich vormittags von 9—12 Uhr und nach- mittags von 3—7 Uhr auf folgenden Jugendspielplätzen und Schul- höfen Bewegungsspiele für Gemeindefamilien veranstaltet:

1. Gneiffenaustr. 7 (40, 91, und 101. Gemeindefeld); 2. Am Urban (Spielplatz); 3. Steffelerstr. 55/56 (115, und 237. Gemeindefeld); 4. Schmidtstr. 16 (2. Gemeindefeld); 5. Blumenstr. 77 (5. Gemeindefeld); 6. Rognerstr. 81/82 (252, und 247. Gemeindefeld); 7. Krautstr. 43 (38. Gemeindefeld); 8. Danziger Str. 23 (162, und 197. Gemeindefeld); 9. Kopperplatz 12 (1. Gemeindefeld); 10. Brenzlauer Allee 227/228 (174., 105, und 121. Gemeindefeld); 11. An der einsamen Pappel (Spielplatz); 12. Straß- lunder Straße 54 und Bernauer Straße 89, 90 (260., 61, und 148. Gemeindefeld); 13. Wiesenstr. 52/54 (Spielplatz); 14. Bremer Straße 22—32 (Spielplatz); 15. Ede Kaybach- und Dreibundstr. (Spielplatz).

## Die 10 Prozent Zuschlag für Bedienung

Der Verband der Gastwirtschaften, Verwaltungsstelle Groß- Berlin, erklärt folgenden Aufruf:

„In einer Anzahl von gastwirtschaftlichen Betrieben und in der Hauptsache von Sommerlokalen, werden neben den üblichen Preisen noch Zuschläge von 10 Prozent für Bedienung erhoben. Auf Anruf der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen hat das Reichswirtschaftsministerium am 1. Februar d. J. folgenden Schiedspruch gefällt:

„Die Aufkosten für die Entlohnung, Heizung, Beleuchtung und dergleichen sind grundsätzlich in die einzelnen Preise für Speisen und Getränke einzukalkulieren und dürfen nicht als projektualer Zuschlag in der Rechnung erscheinen. In den Gastwirtschaften sind an deutlich sichtbaren Stellen Plakate anzubringen, in denen darauf hingewiesen wird, daß die Ent- lohnung der Kellner und alle sonstigen Aufkosten in den ein- zelnen Preisen eingerechnet sind und das Trinkgeldnehmen bei sofortiger Entlassung verboten ist. Der gleiche Vermerk ist auf allen Speise- und Getränkekarten deutlich sichtbar an- zubringen.“

Nach diesem Schiedspruch haben die Arbeitgeber keine Be- rechtigung, die 10 Prozent noch extra durch die Kellner erheben zu lassen. Sie verstoßen damit auch gegen eine Entscheidung des Reichsfinanzministeriums, das die Zuschläge als unzulässig- steuerpflichtig bezeichnet. Was veranlaßt die Gast- wirts zu dieser Handlungswiese? Wenn die Arbeiterschaft die Preisverzeichnisse in den einzelnen Betrieben mit den sonst üblichen vergleicht, so wird sie finden, daß in diesen Betrieben, wo extra 10 Prozent erhoben werden, die Gänge extra geschöpft werden.

Wir richten daher an die Besucher aller Lokale die Bitte, die Bezahlung der 10prozentigen Zuschläge als unberechtigt zu verweigern. Der Gastwirt soll genau so wie jeder andere Ge- schäftsmann sein Personal selbst bezahlen. Die Angestellten dürfen nicht auf diese Zwangsstrickel der angewiesen sein. Das Trinkgeld führt die Angestellten moralisch herab und muß ganz abgelehnt werden.

Jeder Gast muß sich die einzelnen Positionen seiner Zech- genau vorrechnen lassen und sie mit dem Preisverzeichnis ver- gleichen. Er schützt sich dadurch vor Uebervorteilung, weil viel- fach die Zuschläge ohne Hinweis gleich eingerechnet und jeder in Unkenntnis noch zum Trinkgeldgeben veranlaßt wird.

Partei- und Gewerkschaftsmitglied! Verweigert deshalb in allen gastwirtschaftlichen Betrieben die Bezahlung der 10prozentigen Zuschläge.“

**Arbeiter-Bildungsschule.** Die Bibliothek befindet sich Schiller- strasse 6, Hof rechts, 2 Treppen. Sie steht allen Parteigenossen- nen und -genossen, sowie den Mitgliedern der Freien soz. Proletariatsjugend gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches unent- geltlich zur Verfügung. Die Bibliothek ist in den Monaten Juli-August geöffnet am Dienstag und Donnerstag, abends von 6—8 Uhr. Sonnabends bleibt sie geschlossen.

**Elternbeiträge.** Jeden Montag, nachmittags von 4—6 Uhr, find- et im Parteibureau, Schillerstrasse 6, Sprechstunde für Eltern- beiträge statt.

**Dringende Bitte an die Elternbeiträge und Mitglieder der Kinderkommission im 6. und 7. Distrikt.** Für die Ferien- kassenerhebung in den Hisschulen 5, 18, 30, 38, 64, 125, 138, 155, 156 und 158 werden noch sehr viel Hilfskräfte gebraucht. Es wird dringend gebeten, daß sich recht viele Genossen mel- den, da sonst die Gefahr besteht, daß am Montag Tausende von Proletariatskindern nicht gespeist werden können. Ein- termaterial ist von 10—12 Uhr bei dem Leiter, Genossen Giffert, Grüner Weg 14, in Empfang zu nehmen.

**Sprachschule für Proletarier.** Im Laufe der kommenden Woche beginnen neue Anfangskurse in Englisch für Kinder bis zu 14 Jahren. Anmeldungen am Montag, den 5. und Dienst- tag, den 6. Juli, von 9—1 Uhr im Zimmer 7 der 24. Gemeindefeld- schule, hinter der Garnisonkirche, Nähe Bahnhof Börse.

**Einschränkung des Verkehrs der Straßenbahnlinie 96.** Die an den Wertagen von 12,00 Uhr bis 1,54 Uhr und von 7,24 Uhr bis 8,24 Uhr, Sonnabends von 12,00 Uhr bis 12,54 Uhr und von 6,54 Uhr bis 8,24 Uhr verkehrenden Wagen der Linie 96 werden vom 5. Juli ab bis auf weiteres eingezogen. Der Ver- kehr wird durch die Linien 70, 73, 99 bedient.

Die zur Ableitung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsmesser oder zur Kontrolle dieser oder sonstiger städtischer Apparate in die Wohnungen der Konjumenten gelangenden Angestellten und Arbeiter der Stadt Charlottenburg sind, wie hiermit nachdrücklich festgestellt sei, verpflichtet, bei jedem Besuch ihre Legitimationskarte unaufgefordert vorzuzeigen.

Die Automatenkassierer der Revierinspektion Pankow der Gas- werke sind angewiesen, schon heute den erhöhten Gaspreis zu kassieren. Da jetzt bei der Kasserung der Juni in Betracht kommt, ist die Direktion nicht berechtigt, solche Anordnungen zu treffen. Die Konjumenten werden gut tun, darauf zu achten, um sich vor Schäden zu bewahren.

Ein Volkskonzert des Blüthner-Orchesters findet am Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr in Reinickendorf im Garten von Dinkler (Kuhmanns Gesellschaftshaus), Hauptstraße 31, statt. Karten zu 2,50 M. sind in der Geschäftsstelle des Kommunalen Volks- bildungs-Ausschusses, Rathaus, Zimmer 18, in den amtlichen Verkaufsstellen und bei den Funktionären der Partei zu haben.

Ferienstadien und Ausflüge werden für die Kinder aller Schulen Lichtenbergs auf Veranlassung des Magistrats von hiesigen Lehrern unternommen. Spielplätze: Normannen- straße, Eitelstraße, Lückstraße 19 und Hirschberger Straße; Spiel- zeit: täglich von 9—11 Uhr und von 4—6 Uhr (außer Sonntags). Tagesausflüge finden täglich statt. Sie werden auf den Spielplätzen Sonnabends durch Aufschlag vom Obmann bekannt gegeben.

Die Sprechstunden in den Säuglingsfürsorgestellen der Stadt Berlin-Lichtenberg sind ab 1. Juli wie folgt festgesetzt: Säuglingsfürsorgestelle 1, Türichmühlstraße 24, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend von 11—1 Uhr. Säuglingsfürsorgestelle 2, Dosestraße 8, am Mont- ag, Mittwoch und Freitag von 11—1 Uhr.

**Lichtenberger Stadion.** Am Freitag fand mit den geladenen Pressevertretern, den Spitzen der Arbeiter-Sport-Bereine und Vertretern des Magistrats der Stadt Lichtenberg die Vorbereit- ung des neuen Lichtenberger Stadions statt. Die Stadt hat sich durch Schaffung dieser Anlage — ein Werk des Stadibaurats Dr. Ing. Giese — ein unergänztliches Verdienst um die Entwicklung des Sportes im Osten Berlins erworben. — Die gesamte Anlage mit ihren etwa 54000 Quadratmetern Spielplatzfläche ist auf günstigem Terrain, nördlich der Herz- bergstraße, gelegen, Zugangs- und Fahrverbindungen sind durch die Herzberg- und Siegfriedstraße bew. durch die Straßenbahn- linien 68, 168, 64 und 71 gewährleistet. Von der 52 Meter langen gedeckten Sitztribüne bietet sich dem Zuschauer ein prächtiger Blick auf die gesamte Anlage, welche hinten wirkungsvoll durch den Park von Herzberge flankiert wird. Die Gesamt- anlagenkosten betragen rund 855000 M. Selten ist wohl Gemeindegeld nutzbringender angewendet worden, denn Spiel und Sport sind für die gesunde Entwicklung der Bevölkerung eben- so notwendig wie Speise und Trank und durchaus treffend ist der Spruch, der der Festchrift zur Einweihung des Stadions vorausgesetzt ist: „Der Knabe ohne Spielplatz ist der Vater des Mannes ohne Arbeit!“ — Die Stadionweiche in Lichtenberg durch die Arbeiter-Sportler findet nicht, wie irrtümlich gemeldet, am 4. Juli, sondern am 25. Juli statt. Es ist Pflicht aller Arbeiter-Sport-Gesellschaften, soweit sie noch Mitglieder von sogenannten „unpolitischen“ bürgerlichen Sportklubs sind, die Veranstaltungen dieser Vereine zu meiden und der oben- genannten Stadionweiche beizuwohnen. Arbeiter-Sport-Karrier Lichtenberg und Umgegend, i. A.: Fritz Krumm, Scharnweber Straße 52.

**Schöneberg.** Am Montag beginnt, wie alljährlich, die Halb- tagsferienkolonie. Treffpunkt der Kinder und Helferinnen um 12 1/2 Uhr Belsiger Straße Ede Martin-Luther-Straße. Die Eltern werden gebeten, ihren Kindern Trinkgelder und Pöfel mitzugeben. Meldungen werden noch am Tage des Beginns angenommen.

**Friedrichshof.** Infolge Senkung der Portionenzahl wird der Betrieb der Gemeinschaftsküche vom 3. Juli d. J. ab wäh- rend der Dauer der Sommerferien geschlossen. Der Termin der Wiedereröffnung wird noch bekanntgegeben.

**Hennigsdorf.** Die Gemeinde hat einen Posten Anzugsstoffe zur Verfügung, welche in beliebigen Mengen abgegeben werden. Der Preis beträgt pro Meter 60 Mark. Der Verkauf findet vom Montag den 5. Juli 1920 ab im Rathaus, Zimmer Nr. 12, statt.

**Reinickendorf.** Der Kommunale Volksbildungs-Ausschuss weist schon heute darauf hin, daß er die Jugendweiche wieder für beide Distrikte plant und beide Feiern voraussichtlich an den beiden letzten Sonntagen im September stattfinden werden. Mit dem vorbereitenden Jugendweiche-Unterricht wird bei Ferien- schluss sofort begonnen werden. Anmeldungen nimmt schon jetzt die Geschäftsstelle des Volksbildungsausschusses, Rathaus, Zim- mer 18, entgegen.

**Große Unterschlagungen und Verschleppungen von Heerzeug** wurden von Kriminalbeamten des Reichsjagdministeriums auf- gefasst. Es handelt sich um Borräte, die in einem Depot in der Wilsoner Straße aufbewahrt wurden. Beteiligt bei den Ver- unreinungen sind ein Lagerverwalter, ein Chemiker, Schlosser, Mechaniker und Hausdiener, die gemeinschaftlich vorgingen. Der Lagerverwalter stellte falsche Auslieferungspapiere aus und die anderen, die bei dem Depot angestellt waren, schafften daraufhin Automobile, Zubehörteile und andere Sachen in großer Menge weg, um sie zu verstecken. Ein Teil der ver- schobenen Sachen konnte bereits wieder herbeigeschafft werden.

Ein Warenwindler ist gestern in der Budapester Straße mit Erfolge aufgetrieben. Ein Mann von etwa 35 Jahren kaufte in dem Geschäft von Friedländer einen Damen-Seal-Mantel für 15000 Mark, mit der Besung, ihn mit quittierter Rech- nung nach einem bestimmten Hause in der Hohenstaufenstraße zu schicken. Dort empfing der Käufer, der sich Cohn nannte, den Geschäftsboten auf der Treppe und nahm ihm unter einem Vor- wande den Mantel ab, ohne die Rechnung zu zahlen, und ver- schwand mit der Beute durch einen smelten Ausgang.

**Drei mutmaßliche Kindesmorde** beschuldigten die Kriminal- polizei. Im südlichen Teil der Landsberger Allee fanden gestern spielende Kinder die Leiche eines neugeborenen Kindes, die leicht verscharrt und schon so stark verwest war, daß das Ge- schlecht nicht mehr festgestellt werden kann. — In einer Be- dürfnisanstalt am Schloßchen Tor wurde in der vergangenen Nacht die Leiche eines neugeborenen Knaben aufgefunden. — Aus dem Nordhafen wurde ein Paket aus Papier gelandet, das die Leiche eines neugeborenen Knaben enthielt.

Bei einem Einbruch in die Wohnung unseres Genossen Ruppert, des Leiters des 8. Distrikts, ist neben anderen Gegen- ständen und barem Geld auch dessen Mitgliedsbuch der Un- abhängigen Partei, lautend auf den Namen Richard Ruppert, Tischler, geb. den 23. 11. 1869 zu Wittweida, und einige Her- re-

**Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskauschuk**  
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Bekämpfung  
bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.  
Spez.: Zähne ohne Saumen. Keine Luxuspreise.  
**Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Str. 1.**



